

Stenographisches Protokoll.

3. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Mittwoch, den 12. März 1919.

Tagesordnung: 1. Wahl des dritten Präsidenten. — 2. Wahl des Hauptausschusses (§ 20 der Geschäftsordnung). — 3. Bericht des Verfassungsausschusses über das Gesetz, betreffend die Staatsform und das besetzte Staatsgebiet.

Inhalt.

Trauerkundgebung

aus Anlaß der Vorfälle in Deutschböhmen. Ansprache des Präsidenten (Seite 33).

Konstituierung des Hauses.

Wahl des dritten Präsidenten (Seite 34 — Ansprache des dritten Präsidenten Dr. Dinghofer [Seite 34]).

Personalien.

Angelobung der Abgeordneten Frau Dr. Hildegarde Burjan, Dr. Franz Dinghofer, Dr. Ludwig Hartmann, Dr. Franz Stumpf und Johann Zwanzger (Seite 33).

Auschrift der Staatskanzlei,

betreffend die Regierungsvorlage über das Gesetz über die Bestrafung von Übertretungen der Einführ-, Durchführ- und Ausführverbote (47 der Beilagen — Antrag des Abgeordneten Dr. Ellenbogen auf

dringliche Beratung dieser Vorlage [Seite 34] — Annahme des Antrages [Seite 34]).

Auschrift

des Landeshauptmannes in Deutschböhmen Dr. v. Lodgman in Angelegenheit der Erklärung des Abgeordneten Dvořák, betreffend das Verhältnis des tschechischen Volkes zu Deutschösterreich (Seite 33).

Staatschuldenkontrollkommission.

Vorlage des Berichtes für den Monat Februar I. J. (Seite 34).

Verhandlung.

Zweite und dritte Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Gesetz über die Bestrafung von Übertretungen der Einführ-, Durchführ- und Ausführverbote (47 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Ellenbogen [Seite 35]. — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 35]).

Bericht des Verfassungsausschusses über das Gesetz, betreffend die Staatsform und das besetzte Staatsgebiet

(45 der Beilagen — Generaldebatte — Redner: Berichterstatter Fink [Seite 36], Staatssekretär für Äußerer Dr. Bauer [Seite 36], die Abgeordneten Dr. Stumpf [Seite 41], Wedra [Seite 42], Dvořák [Seite 42], Dr. Waber [Seite 45], Fučík [Seite 47], Abram [Seite 48], Stricker [Seite 49], Dr. Straßner [Seite 50], Austerlitz [Seite 51], Bretschneider; Antrag auf Schluß der Debatte [Seite 54], Dr. Gimpl [Seite 54] — Spezialdebatte — Abgeordneter Dr. Waber [Seite 55], Berichterstatter Fink [Seite 55] — Annahme der Gesetze in zweiter und dritter Lesung [Seite 56].

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten über die Konstituierung des Verfassungsausschusses (Seite 33).

Absetzung der Wahl des Hauptausschusses von der Tagesordnung (Seite 34).

Antrag des Abgeordneten Dr. Stumpf auf Wahl eines 21gliedrigen Ausschusses, betreffend die Vertretung der besetzten Gebiete. (Seite 56). — Annahme des Antrages (Seite 57).

Zuweisung der Anträge 13, 29 und 56 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 57).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Partik, Heintl, Kollmann und Genossen, betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen (48 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Heintl, Kollmann, Partik und Genossen, betreffend die Errichtung eines Beirates des Staatsamtes für Finanzen für Währungs- und Kriegsanleihefragen (49 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Dr. Neßl, Kunischak und Genossen, betreffend den Erholungsurlaub der Staatsangestellten (50 der Beilagen);
4. der Abgeordneten Heintl, Brandl, Kollmann, Partik und Genossen, betreffend die Umgestaltung der Handels- und Gewerberämmern (51 der Beilagen);
5. der Abgeordneten Buchinger, Grim, Eisenhut, Diivald, Höchtl, Dr. Wagner, Dersch, Dr. Waiß und Genossen, betreffend die Auflösung der Kriegs-Getreide-Anstalt (52 der Beilagen);
6. der Abgeordneten Frau Dr. Burjan und Genossen, betreffend den Mutter- und Säuglingschutz (53 der Beilagen);
7. der Abgeordneten Frau Dr. Burjan und Genossen, betreffend die Errichtung von land- und hauswirtschaftlichen staatlichen Schulen (54 der Beilagen);
8. des Abgeordneten Dr. Ramek und Genossen, betreffend die Erhöhung der Ruhebezüge der Staatsbediensteten und Staatslehrpersonen des Ruhestandes,

sowie der Pensionen und Erziehungsbeiträge für Witwen, beziehungsweise Waisen nach Staatsbediensteten (55 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Elderich, Ellenbogen, Abram und Genossen, betreffend ein Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung (56 der Beilagen);
10. des Abgeordneten Dr. Ursin und Genossen, betreffend die Herausgabe einer periodischen Druckschrift für objektive parlamentarische Berichte (57 der Beilagen);
11. des Abgeordneten Stocker, Mayr, Wimmer, Größbauer, Schöchtner und Genossen, betreffend die Einführung der Sozialversicherung für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Dienstboten und Kleinbauern (58 der Beilagen);
12. der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Angerer und Genossen, betreffend die Bestellung von Beiräten für die deutschösterreichische Friedensdelegation (59 der Beilagen);
13. der Abgeordneten Stocker, Größbauer, Wimmer und Genossen, betreffend die Aufhebung der Eigenjagden und der Jagdreservate (60 der Beilagen).

Anfragen

1. des Abgeordneten Johann Görtler und Genossen an den Staatssekretär der Finanzen, betreffend die gleichmäßige Regelung der Stammlandeneinheiten (Anhang I, 5/A);

- | | |
|--|---|
| 2. des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen an den Staatssekretär der Finanzen, betreffend die bedingte Freigabe des Tabakanbaues (Anhang I, 6/A); | 6. der Abgeordneten Muchitsch, Dr. Schachterl und Genossen an den Staatssekretär für Heerwesen, betreffend die Pensionierung von Kriegsbeschädigten (Anhang I, 10/A). |
| 3. des Abgeordneten Paulitsch und Genossen an das Staatsamt für Heerwesen, betreffend das Wohnungs- elend in Klagenfurt (Anhang I, 7/A); | 7. des Abgeordneten Kollmann und Genossen an die Gesamtregierung, betreffend die Übergriffe des Ar- beiter- und Soldatenrates im politischen Bezirk Baden (Anhang I, 11/A); |
| 4. des Abgeordneten Dr. Ursin und Genossen an den Staatssekretär für Äußeres, betreffend die blutigen Ausschreitungen des tschechischen Militärs in den der- zeit besetzten Gebieten Deutschösterreichs (Anhang I, 8/A); | 8. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Staatssekretär für Industrie, Gewerbe und Handel, betreffend die Errichtung selbständiger Kammern für das Gewerbe, den Handel und die Industrie (An- hang I, 12/A). |
| 5. des Abgeordneten Friedmann und Genossen an den Staatssekretär des Innern, betreffend die Zensur inländischer Briefe (Anhang I, 9/A); | |

Zur Verteilung gelangen am 12. März 1919:

- die Regierungsvorlage 47 der Beilagen;
der Bericht der Staatschulden-Kontroll-Kommission, 46 der Beilagen;
die Anträge 3 bis 44 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Seitz, zweiter Präsident Hauser.

Schriftführer: Schönsteiner, Seidel.

Staatskanzler Dr. Renner.

Staatssekretäre: Dr. Bauer für Äußeres, Dr. Mataja des Innern, Dr. Röller für Justiz, Stöckler für Landwirtschaft, Hanusch für soziale Fürsorge, Dr. Urban für Gewerbe, Industrie und Handel, Mayer Josef für Heerwesen, Pachter für Unterricht, Dr. Steinwender für Finanzen, Berdik für öffentliche Arbeiten, Dr. Loewenfeld-Ruß für Volksernährung, Dr. Kaup für Volksgesundheit.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 4. und 5. März sind unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Hohes Haus! Die Republik Deutschösterreich hat abermals einen sehr schweren Verlust erlitten. (Die Versammlung erhebt sich.) Kaum ist der Krieg beendet, in dem die österreichischen Deutschen so schwere Opfer an Leben, Blut und Gesundheit der Bürger gebracht haben, und schon stehen wir abermals an offenen Gräbern. Im nördlichen Teile unseres Vaterlandes, in Deutschböhmen, sind Bürger in der Verteidigung des heiligsten Rechtes der Völker, des Selbstbestimmungsrechtes, gefallen, niedergemehelt, hingemordet von volksfremden Soldaten.

Das deutsche Volk in Österreich führt einen schweren Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht, es ist im Süden und Norden schwer bedroht von Völkern, die der Ansicht sind, daß es auch fernerhin möglich sei, ein anderes Volk zu unterjochen. Insbesondere in Böhmen glaubt der tschecho-slowakische Imperialismus, das deutsche Volk zu Heloten herabwürdigen, ihm eine fremde Gewaltherrschaft aufzuerlegen zu können.

Die Opfer sind in einem heiligen Kampfe gefallen für das ganze deutsche Volk. Wir werden ihnen ein ehrendes Angedenken bewahren.

Wir werden aber auch für diejenigen zu sorgen haben, die bei diesen Angriffen fremder

Soldaten an ihrer Gesundheit und ihrer körperlichen Integrität gelitten haben, wir werden sorgen müssen für die Witwen und Waisen.

Ich hoffe, daß unsere Regierung uns demnächst die notwendigen Vorschläge unterbreiten wird, damit der Staat diesen seinen Pflichten gerecht werden kann.

Sie haben sich, geehrte Frauen und Männer, zum Zeichen unserer tiefen Trauer von den Säulen erhoben und Sie werden gestatten, daß ich diese feierliche Trauerrufung in das amtliche Protokoll unserer heutigen Sitzung eintragen lasse.

Die Abgeordneten Frau Dr. Burjan, Herr Dr. Dinghofer, Dr. Hartmann, Dr. Stumpf und Zwanzger sind zum ersten Male im Hause erschienen und werden die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer die Angelobungsformel zu verlesen und die Abgeordneten die Angelobung mit den Worten: „Ich gelobe“ zu leisten.

(Schriftführerin Seidel verliest die Angelobungsformel. — Die Abgeordneten Frau Dr. Burjan, Dr. Dinghofer, Dr. Hartmann, Dr. Stumpf und Zwanzger leisten die Angelobung.)

Präsident: Der Verfassungsausschuß hat sich konstituiert und gewählt:

zum Obmann: den Herrn Abgeordneten Dr. Ellenbogen,

zum Obmannstellvertreter: den Herrn Abgeordneten Fink,

zu Schriftführern: die Herren Abgeordneten Dr. Aigner und Dr. Schönbauer.

Von dem Herrn Landeshauptmann in Deutschböhmen Dr. v. Bodgman ist eine Zuschrift eingelangt, die sich mit der Erklärung des Herrn Abgeordneten Dörrak über das Verhältnis des tschechischen Volkes zu Deutschösterreich befaßt.

Da der Herr Landeshauptmann diese Zuschrift in den Tagesblättern veröffentlichten ließ, nehme ich an, daß der Inhalt den Mitgliedern der hohen Versammlung bekannt ist.

Ich kann daher von einer Verleugnung absehen.

Ferner beeubre ich mich bekanntzugeben, daß von der Stadt Nikolsburg ein Begrüßungstelegramm eingelangt ist, weiters ein Schreiben des Volksrates der Stadt Mödling, womit

die Zustimmung zu der Forderung nach Vereinigung aller deutschen Stämme erklärt wird, ferner ein Protesttelegramm der Bewohner des Gerichtsbezirkes Bruck a. d. Leitha gegen die Drangsalierung der Deutschen in den von Nord- und Südslawen besetzten Grenzgebieten.

Die Staatschuldenkontrollkommission hat den Bericht für den Monat Februar d. J. vorgelegt.

Dieser Bericht wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Es ist eine Zuschrift der Staatskanzlei eingelangt, mit welcher die Einbringung einer Regierungsvorlage angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschrift.

Schriftührerin Heidels (*liest*):

„Die Staatskanzlei beeindruckt sich den Entwurf eines Gesetzes über die Bestrafung von Übertretungen der Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrverbote (47 der Beilagen) mit dem Erfassen zu übermitteln, diesen Entwurf bereits in der Sitzung der Nationalversammlung am 12. März 1919 der verfassungsmäßigen Behandlung in der Nationalversammlung zuführen zu wollen.

Wien, 11. März 1919.

Dr. A. Renner.“

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung. Erster Gegenstand ist die Wahl des dritten Präsidenten der Nationalversammlung.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen und die Mitglieder der hohen Versammlung, beim Namensaufruf die Stimmzettel in die Urne zu geben.

Über Namensaufruf des Schriftführers Schönsteiner geben die Abgeordneten ihre Stimmzettel ab. — Nach Abgabe der Stimmzettel:

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Zur Vornahme des Skrutiniums unterbreche ich die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 3 Uhr 25 Minuten unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr 35 Minuten:)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Bei der eben vorgenommenen Wahl eines dritten Präsidenten der Nationalversammlung wurden 116 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 59. Gewählt erscheint mit 115 Stimmen, der Herr Abgeordnete Dr. Dinghofer. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich richte an den Herrn Abgeordneten Dr. Dinghofer die

Anfrage, ob er die Stelle des dritten Präsidenten annehmen will.

Abgeordneter Dr. Dinghofer: Hohes Haus! Ich danke für die Wahl und für das Vertrauen, welches Sie mir durch die Wahl entgegenbringen. Ich gelobe, in Ausübung des mir übertragenen Wirkungskreises objektiv und in strengster Rechtlichkeit und Gewissenhaftigkeit jederzeit als aufrichtiger deutscher Mann vorzugehen, und erkläre somit, die Wahl anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist die Wahl des Hauptausschusses. Es wurde von mehreren Seiten ersucht, dem hohen Hause vorzuschlagen, daß wir diese Wahl bis zur nächsten Sitzung vertagen. Wenn keine Einwendung erfolgt, so vertagen wir diesen Gegenstand. (Nach einer Pause:) Eine Einwendung ist nicht erfolgt.

Zu einem formellen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Ich beantrage, die heute eingebrachte Gesetzesvorlage, betreffend die Bestrafung von Übertretungen der Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrverbote (47 der Beilagen), mit Umgehung der sonst von der Geschäftsordnung bestimmten Formalien sofort auf die Tagesordnung des Hauses zu setzen und zu verhandeln.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Ellenbogen gehört. Er besteht aus zwei Teilen. Zunächst werden wir uns darüber entscheiden, ob wir den Gegenstand auf die Tagesordnung setzen. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die dafür sind, daß dieser Gegenstand auf die heutige Tagesordnung als nächster Punkt gesetzt werde, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ist mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität angenommen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen schlägt weiters vor, diesen Gesetzentwurf wegen der besonderen Dringlichkeit ohne Ausschußberatung zu verabschieden. Dieser Vorschlag findet in der Geschäftsordnung keine Begründung, ich kann daher mir dann dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ellenbogen entsprechend vorgehen, wenn keine Einwendung erfolgt. Wird eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, mithin können wir in die Beratung eingehen und den Gegenstand auch in zweiter Lesung beraten.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Dr. Ellenbogen, als Berichterstatter zu fungieren.

Berichterstatter Dr. Ellenbogen: Hohes Haus! Die Verbesserung unserer Valuta ist eine unserer nächsten, dringendsten und wichtigsten Aufgaben. Diese Aufgabe wird eine Reihe von sehr einschneidenden Maßnahmen gesetzgeberischer Natur und Maßnahmen auf dem Gebiete der Verordnungen notwendig machen. Ohne mich in das Meritum dieser Frage einlassen zu wollen, will ich nur die eine Bemerkung in dieser Hinsicht machen, daß sich niemand, weder innerhalb noch außerhalb dieses Hauses darüber täuschen darf, daß es ohne tief einschneidende Maßnahmen nicht gehen wird, und ich glaube, daß jeder von uns die Pflicht hat, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß nur eine sehr radikale Operation dem Zweck: die Verbesserung unserer Geldverhältnisse, mit der in letzter Linie auch die Herabsetzung der hohen Warenpreise zusammenhängt, dienen kann. Nun ist die Tatsache, daß solche Maßnahmen geplant werden, ja der Öffentlichkeit bereits bekannt und eine Reihe von Staatsbürgern beschäftigt sich schon im vorhinein, den Wirkungen der künftigen Gesetzgebung zuvorzukommen, indem sie Waren, Geldmittel, Zahlungsmittel, ausländische Wertpapiere u. dgl. in großen Mengen nach dem Auslande zu verbringen sucht. Diesem Beginnen muß nun rasch und energisch ein Riegel vorgeschoben werden, denn sonst kommen wir, wenn wir mit der Vermögensabgabe beginnen wollen, vor die Möglichkeit, daß wir die entsprechenden Vermögen nicht mehr haben werden, die wir besteuern wollen. Es sind daher Bestimmungen notwendig, welche die Übertretung von Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrverboten, die die Behörden erlassen werden, mit Strafe bedrohen. In dieser Beziehung besteht jedoch eine gewisse Unklarheit. Die Organe, die die Einhaltung der Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrverbote zu prüfen haben, sind Organe der Zollverwaltung, es sind also solche Übertretungen nach dem Gefällsstrafgesetz zu behandeln. Es steht jedoch dieses Gefällsstrafgesetz in bezug auf die Ausübung in dieser Hinsicht mit dem wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz insofern in Konflikt, als nach diesem letzteren Gesetz den politischen Behörden die Aufgabe der Strafen obliegt. Diese Unklarheit, beziehungsweise diese Discrepanz in diesen Bestimmungen erzeugt Konflikte, aus denen gerade die Schleichhändler und alle diejenigen, die den behördlichen Verfügungen sich entziehen wollen, den größten Nutzen ziehen. Es muß daher hier Klarheit geschaffen werden, und zwar muß diese Klarheit mit der größten Raschheit geschaffen werden.

Wenn wir den normalen parlamentarischen Weg bei der Behandlung dieses Gesetzes beschreiten

würden, so wäre die Folge, da wir ja doch mindestens einige Tage brauchten — Ausschußberatung, erste Lesung, zweite Lesung und dergleichen —, daß die hier gemeinten Personen erst recht die Pause ausmühen würden, um dem Gesetze, das erst gemacht werden soll, schon im vorhinein eine Nase zu drehen. Darum ist es notwendig und darum habe ich mir erlaubt, den Antrag zu stellen, daß dieses Gesetz sofort ohne Ausschußberatung, und zwar in erster, zweiter und dritter Lesung verhandelt werde.

Es enthält dieses Gesetz, wie ich betonen möchte, sonst keine Änderung der bestehenden Vorschriften, und insbesondere hebe ich hervor, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes für die Frage des Weiterbestandes oder des Nichtweiterbestandes der zentralen Bewirtschaftung, für die Frage, ob weiter zentral bewirtschaftet werden soll oder nicht, in keiner Hinsicht ein Präjudiz bedeutet. Es handelt sich hier lediglich, wie ich schon sagte, um die Übertretung von Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrverboten. Ich bitte also das hohe Haus, meinen Antrag anzunehmen, der dahingeht, daß dieses Gesetz in allen drei Lesungen sofort angenommen werde.

Präsident: Es ist niemand zum Worte gemeldet, ich sehe daher von einer Trennung der General- und Spezialdebatte ab.

Ich bitte diejenigen Herren und Frauen, die diesem Gesetz zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die damit einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich bitte nun diejenigen Mitglieder, die das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das Gesetz über die Bestrafung von Übertretungen der Einfuhr-, Durchfuhr- und Ausfuhrverbote (gleichlautend mit 47 der Beilagen) ist auch in dritter Lesung angenommen.

Wir schreiten nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung, und zwar zu dem Berichte des Verfassungsausschusses über das Gesetz, betreffend die Staatsform und das besetzte Staatsgebiet. (45 der Beilagen.)

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Jink; ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Fink: Hohes Haus! Die Staatsvorlage, betreffend ein Gesetz über die Staatsform und das besetzte Staatsgebiet, wurde dem Verfassungsausschusse zur Vorberatung und Antragstellung zugewiesen. Der Verfassungsausschuss war der Ansicht, daß diese Vorlage zwei ganz verschiedene Materien enthalte und daß es daher zweckmäßig sei, sie in zwei separaten Gesetzen zu behandeln. Sie sehen daher in dem Berichte ein Gesetz I und ein Gesetz II. In das erste Gesetz wurde aufgenommen die Deklaration über die Republik und über den Anschluß an Deutschland in der Weise, wie die Provisorische Nationalversammlung dies mit Beschuß vom 12. November v. J. ausgesprochen hat.

Darüber, daß die Konstituierende Nationalversammlung sich wie damals uneingeschränkt als demokratische Republik erkläre, war alles vollständig einig. Nicht ganz einig war man darüber, in welcher Form ausgesprochen werden soll, daß das Volk alle öffentlichen Gewalten ausübe und in welcher Form der Anschluß an Deutschland zum Ausdruck kommen soll. Man einigte sich aber dahin, nachdem die Vorlage nur eine deklaratorische sei und nur eine feierliche Erklärung beinhalte, an der Erklärung vom 12. November v. J. keine Änderung vorzunehmen.

Bezüglich des zweiten Gesetzentwurfs, betreffend das besetzte Staatsgebiet, war alles darin einig, daß man sehr bedauere, daß größere und kleinere Gebiete von Deutschösterreich durch die Besetzungen daran verhindert wurden, das erste Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht auszuüben. Verschiedener Meinung war man darin, ob die Nationalversammlung ohneweiters dazu berechtigt und in der Lage sei, sofort Ernennungen vorzunehmen. Alle waren aber darin einig, daß es zweckmäßig sei, darüber zu verhandeln, in welcher Weise diesen Gebieten irgendeine Vertretung in Deutschösterreich ermöglicht werden könne. Es wird daher aus der Mitte der Versammlung, wie mir mitgeteilt worden ist, der Antrag gestellt werden, daß diese Vorlage einem besonderen Ausschuß zur Vorberatung, zur Verhandlung mit den Parteien zugewiesen werde, welcher Ausschuß dann dem Hause Bericht zu erstatten habe.

In diesem Stadium der Verhandlungen habe ich weiters nichts beizufügen und stelle namens des Verfassungsausschusses den Antrag, die Nationalversammlung wolle die in der Anlage abgedruckten zwei Gesetzentwürfe, den über die Staatsform und den über das besetzte Staatsgebiet, annehmen.

Präsident: Da die beiden Gesetze in einem engen Zusammenhange stehen, werde ich die Generaldebatte unter Einem abführen lassen. (Zustimmung.)

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Staatssekretär für Äußeres; ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Äußeres Dr. Bauer: Wir sollen und wollen heute den Beschuß bekräftigen, den die Provisorische Nationalversammlung am 12. November gefaßt hat. Die Provisorische Nationalversammlung hat in jenem Beschuße, der uns heute wieder zur Bestätigung vorliegt, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Österreich festgelegt, sein Selbstbestimmungsrecht im Innern, indem sie Deutschösterreich die Verfassung einer demokratischen Republik gegeben hat, die keine andere Gewalt kennt, als die, die vom Volke selbst eingesetzt ist und sein Selbstbestimmungsrecht nach außen, indem sie dem Willen des deutschösterreichischen Volkes selbst gemäß die Vereinigung Deutschösterreichs mit der großen deutschen Republik proklamiert hat.

Nach jenem Beschuß vom 12. November regten sich manche Zweifel, ob die Provisorische Nationalversammlung Beschlüsse von so großer Tragweite zu fassen befugt gewesen sei. Heute sollen diese Beschlüsse bekräftigt werden durch die Nationalversammlung, die berufen ist, die Verfassung, die staatliche Ordnung Deutschösterreichs festzusetzen, durch eine Nationalversammlung, die eben erst in freier und gesetzlicher Wahl von dem ganzen deutschösterreichischen Volke, von allen seinen Männern und Frauen berufen worden ist.

Wenn wir heute bekräftigen, daß Deutschösterreich als eine demokratische Republik ein Bestandteil der großen deutschen Republik werden soll, so wird niemand bezweifeln können, daß wir befugt sind, diesen Beschuß zu fassen im Namen unserer Wählerschaft, im Namen des ganzen deutschösterreichischen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Die Vereinigung Deutschösterreichs mit der großen deutschen Republik bekräftigen wir heute wieder als unser Programm. Aber über die Phasen bloß programmatischer Erklärungen sind wir heute zum Glücke schon hinaus. Es gilt jetzt, die ganze konkrete und praktische Arbeit zu leisten, die erforderlich ist, damit der staatsrechtliche und wirtschaftliche Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem übrigen Deutschland wirklich vollzogen werden könne.

Diese Arbeit hat bereits begonnen. Sie ist eingeleitet worden, durch Verhandlungen, die ich im Namen und im Auftrage der deutschösterreichischen Regierung in Weimar und Berlin zu führen die Ehre hatte. Ich hatte Gelegenheit, mit dem deutschen Reichspräsidenten, mit den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung, mit den Parlamentarien verschiedener deutscher Parteien in Weimar und in Berlin zu sprechen, und unsere Besprechungen haben mich und meine Mitarbeiter, die mit mir in

Deutschland waren, befestigt in der Überzeugung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei in dieser großen Sache mit uns völlig eines Sinnes ist. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Man vermeidet im deutschen Reiche aus guten Gründen alles, was den falschen Anschein erwecken könnte, als würden wir unsere Beschlüsse, unseres Beschlusses für den Anschluß zumal, unter irgendwelchem Einfluß vom Reiche aus fassen. Wir können und sollen zum Reiche nicht anders kommen als durch unseren eigenen, durch unseren freien, durch unseren auch vom Reiche aus völlig unbeeinflußten Beschluß. (*Lebhafte Zustimmung.*) Aber wenn wir diesen Beschluß fassen, sind wir der vollen Überzeugung — und das ist das wichtigste und das sicherste Ergebnis der Besprechungen, die wir geführt haben —, daß wir in Deutschland aufgenommen werden mit offenen Händen, willkommen geheißen mit brüderlicher Gefinnung, daß wir im Reiche volles Verständnis finden für die geschichtlich gewordene Eigenart Deutschösterreichs, volles Verständnis dafür, daß wir unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse innerhalb des Reiches voll befriedigen können, daß wir vor allem dort finden werden die herzlichste Bereitwilligkeit zu brüderlicher Hilfe. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Wir haben der deutschen Reichsregierung im wesentlichen ein Verhandlungsprogramm vorgelegt. Der Zusammenschluß, der wirtschaftliche und der staatsrechtliche Zusammenschluß erfordert ja eine umfassende gesetzgeberische und organisatorische Arbeit. Darüber müssen die beiden Teile zunächst Verhandlungen führen, Verhandlungen über eine Anzahl der verschiedenartigsten Einzelfragen. Wir haben also der deutschen Reichsregierung vorgeschlagen, wie diese Verhandlungen geführt werden sollen, und die deutsche Reichsregierung hat unseren Vorschlag ohne jede Änderung angenommen. Es ist in Aussicht genommen, daß eine große Reihe partiatisch zusammengesetzter Kommissionen in der nächsten Zeit zusammentritt, die diese Einzelfragen besprechen sollen, Kommissionen, die für jede Einzelfrage gebildet werden aus Vertretern der zuständigen Reichsämter in Deutschland und der zuständigen Staatsämter hier unter Leitung der beiden auswärtigen Ämter. Diese Kommissionen sollen zusammentreten, sobald die notwendigen Vorarbeiten dafür in den Reichsämtern im Reiche und in den Staatsämtern hier abgeschlossen sind, und wir hoffen, daß die wichtigsten dieser Kommissionen noch in diesem Monat zusammentreten können. (*Beifall.*) Sie sollen zum Teile in Berlin, zum Teile in Wien, je eine auch in München und in Leipzig zusammentreten.

Eine solche Kommission wird sich mit den rechtlichen Fragen, mit den Fragen der Rechtsangleichung beschäftigen. Sie wird also festzustellen

haben, welche deutschen Reichsgesetze von Deutschösterreich übernommen werden können und welche etwa vorher eine einverständliche Abänderung erst erfahren müssen.

Eine zweite Kommission wird die Unterrichtsfragen behandeln. Ihre Aufgabe wird sein, zwischen der deutschösterreichischen Unterrichtsverwaltung und den anderen deutschen Unterrichtsverwaltungen dasselbe Verhältnis herzustellen, welches heute schon zwischen den deutschen Unterrichtsverwaltungen besteht. Sie wird also die Fragen der Anerkennung der Studien, der Diplome, der akademischen Grade und Berechtigungen zu überprüfen haben. Gerade in diesen Fragen wird es vielleicht möglich sein, eine große Reihe von Verfügungen auf unserer Seite und auch im Deutschen Reiche zu treffen, ohne daß erst das Endergebnis dieser Verhandlungen abgewartet werden muß.

Eine dritte Kommission wird sich mit der Übernahme der deutschösterreichischen Beamten in den deutschen Reichsdienst zu beschäftigen haben. Es ist das ein staatliches Interesse Deutschösterreichs, daß seine Beamenschaft an dem Reichsdienst in gleicher Weise beteiligt sei, wie die Beamenschaft in den übrigen deutschen Bundesstaaten, es ist aber auch ein Bedürfnis unserer Beamenschaft selbst und ich kann zur Beruhigung unserer Beamenschaft nur sagen, daß die deutsche Reichsregierung volles Verständnis für diese Notwendigkeit befindet und ihre Bereitwilligkeit gezeigt hat, einen bedeutenden Teil unserer Beamenschaft in ihren Dienst zu übernehmen.

Eine weitere Kommission wird sich mit den sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen haben. Es wird sich da um die Schaffung eines einheitlichen deutschen Arbeiterrechtsbuches, um die Vereinheitlichung und den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und um die Arbeiterversicherung handeln. Für uns in Deutschösterreich wird das unter anderem auch die Einführung eines neuen Versicherungszweiges bedeuten, nämlich der Alters- und Invalidenversicherung. (*Zustimmung.*) Es ist klar, daß wir nicht ohneweiters die deutsche Versicherungsorganisation, wie sie in der Reichsversicherungsordnung niedergelegt ist, übernehmen können.

Es besteht aber auch im Deutschen Reiche die Absicht, die deutsche Reichsversicherungsordnung wesentlich abzuändern, insbesondere die Selbstverwaltung der Versicherten zu erweitern. Damit wird die Grundlage dafür geschaffen sein, wie wir unsere deutschösterreichische Sozialversicherung in die deutsche einzugliedern vermögen.

Sehr ausführlich wurden in Berlin in den Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des deutschen Staatssekretärs für Äußeres Grafen Brodorff-Ranzau stattgefunden haben, die Fragen der Handelspolitik erörtert. Das Ziel ist selbstverständlich der

Eintritt Deutschösterreichs in das deutsche Zollgebiet. Dieser Eintritt setzt aber voraus, daß die Produktionsbedingungen und die Produktionskosten, soweit es nur möglich ist, einander angeglichen werden. Er setzt also unter anderem voraus, daß wir in bezug von Rohstoffen und Hilfsstoffen, insbesondere auch von Kohle den übrigen deutschen Bundesstaaten vollständig gleichgestellt werden.

Es mag sein, daß das nicht mit einem Schlag, nicht von heute auf morgen geschehen kann und daß wir daher eine gewisse Übergangsperiode brauchen werden, in der die Interessen unserer deutschösterreichischen Industrie innerhalb des deutschen Zollgebietes einen besonderen Schutz genießen werden. Es ist ferner sicher, daß wir bei diesem Eintritt darauf werden bedacht sein müssen, die engen und alten wirtschaftlichen Beziehungen, die uns mit unseren Nachbarvölkern im Osten verknüpft haben, nicht zu zerreißen.

Die Lösung dieser Probleme wird die Aufgabe einer besonderen paritätischen Kommission sein, die möglichst bald zusammenentreten soll. Über der vorläufige Meinungsaustausch, den wir in Berlin über diese Fragen gepflogen haben, hat deutlich gezeigt, daß es Mittel gibt, diese Probleme zu lösen und daß die Schwierigkeiten gerade in diesen Fragen viel leichter überwunden werden können, als viele geglaubt haben.

Wir haben gerade in diesen Fragen auch die größte Bereitwilligkeit in Berlin gefunden und ich bin voll überzeugt, daß die zoll- und handelspolitische Kommission in vergleichsweise kurzer Zeit und mit vergleichsweise geringen Schwierigkeiten ihre Verhandlungen so wird beenden können, daß Deutschösterreich die Beruhigung haben wird, daß seiner Industrie aus dem Zusammenschluß mit dem deutschen Wirtschaftsgebiete kein Schaden erwachsen wird.

Mit eben solcher Beruhigung sehe ich den Verhandlungen über die verkehrspolitischen Fragen entgegen, mit denen sich eine weitere Kommission beschäftigen soll. Es handelt sich da zum großen Teile um Fragen, in denen ein Interessengegensatz zwischen uns und dem Deutschen Reiche nicht besteht. Es handelt sich da zum Beispiel um die, für uns und auch für Deutschland, namentlich für Süd- und Westdeutschland wichtige Frage der Herstellung einer Schifffahrtsverbindung zwischen dem Rhein und der Donau, um den Ausbau der Donau zu einem großen Schifffahrtswege. Gerade in diesen Fragen sind ja unsere Interessen mit denen weiter Teile Deutschlands vollkommen identisch und die Kommission wird sich daher im wesentlichen darauf beschränken können, die Pläne, die ihr vorgelegt werden, zu überprüfen.

Mit größeren Schwierigkeiten werden unlesbar zwei weitere Kommissionen zu kämpfen haben,

die eine, die sich mit der Währungsfrage und die andere, die sich mit staatsfinanziellen Fragen beschäftigen wird. Die Schwierigkeiten liegen da in der Natur der Sache selbst. Sie sind um so größer als ja weder das Deutsche Reich noch wir heute in der Lage sind, die Gestaltung unserer Staatsfinanzen in Zukunft mit Sicherheit zu beurteilen. Hängt doch gerade in dieser Beziehung sehr viel von den wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensschlusses ab. Ich will nicht leugnen, daß diese beiden Fragen nur in schwerer Arbeit gelöst werden können, aber ich habe in Berlin so viel Verständnis dafür gefunden, daß der organische Zusammenschluß, das organische Zusammenwachsen mit dem Deutschen Reich nur erfolgen kann, wenn Deutschösterreich das Bewußtsein hat, daß seine wirtschaftlichen Interessen beim Zusammenschluß voll gewahrt sind, daß ich die Überzeugung gewonnen habe, daß die beiden Kommissionen auch diese beiden schwierigsten Fragen zu lösen imstande sein werden.

Eine besondere Kommission soll sich endlich mit den Fragen, die insbesondere die Hauptstadt Wien angehen, beschäftigen. Ich freue mich berichten zu können, daß ich gerade in dieser Frage auf reichsdeutscher Seite eine ganz besonders herzliche Bereitwilligkeit, uns zu helfen, gefunden habe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich habe die Überzeugung gewonnen — die ja im Grunde genommen selbstverständlich ist —, daß Deutschland seine alte Hauptstadt nicht verkümmern lassen wird. (Beifall.) Es soll auch dieser Gegenstand von einer besonderen Kommission behandelt werden und es ist vereinbart, daß die Gemeinde Wien eingeladen werden soll, in diese Kommission ihre eigenen Vertreter zu entsenden. (Beifall.)

Auf diese Weise ist also zunächst ein Verhandlungsprogramm festgestellt. Die Kommissionen sollen zusammenentreten und ihre Arbeit möglichst bald beginnen, das Ergebnis der Verhandlungen, die da geführt werden, soll in dem Anschlußvertrag niedergelegt werden. Dieser Anschlußvertrag, von den Regierungen vereinbart, soll dann den gesetzgebenden Körperschaften im Deutschen Reich und der Nationalversammlung hier vorgelegt werden. Die Regierungen haben die Vereinbarungen vorzubereiten, die Entscheidungen haben selbstverständlich die Volksvertretungen hüben und drüben. In voller Kenntnis der einzelnen Bedingungen des Anschlußvertrages soll dann das deutschösterreichische Volk selbst über den Zusammenschluß entscheiden, wie es dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entspricht. Wir täuschen uns natürlich darüber nicht, daß auch die Mächte, deren Vertreter in Paris versammelt sind, ihr wichtiges Wort über diese Frage sprechen werden: Sie sind es, die die künftige Karte Europas festsetzen werden. Wir glauben aber, daß, wenn das deutschösterreichische Volk

einig ist in dem starken Willen, sich mit dem deutschen Mutterlande zu vereinigen, die Welt ihm dieses Recht nicht verweigern kann (*Zustimmung*), daß sie ihm das Selbstbestimmungsrecht nicht verweigern kann, das sie so oft in feierlichen Kundgebungen für alle Völker verkündet hat, daß sie ihm nicht verweigern kann das Recht auf nationale Einheit und Freiheit, das sie für so viele Völker in diesem Kriege verkündet und mit der Gewalt des Schwertes verwirklicht hat. Deswegen glauben wir, daß, wenn wir diese Arbeit sachlich fordern, wenn wir in dem Rahmen, wie er in den Berliner Verhandlungen abgesteckt wurde, die Verhandlungen möglichst schnell durchführen, wir zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß gelangen und daß, wenn das Volk hüben und drüben diesen Abschluß genehmigt und den Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reiche beschließt, dieser Zusammenschluß Wirklichkeit werden wird. (*Beifall*.)

Wir fordern für uns nichts anderes in dieser Sache, als das Recht auf Selbstbestimmung. Und nicht mehr fordern wir auch in den anderen Fragen, die der zweite Gesetzentwurf, der uns heute vorliegt, behandelt. Nicht mehr als das Recht auf Selbstbestimmung fordern wir für Deutschböhmen und für das Sudetenland, für Deutsch-Südtirol, für Kärnten und Untersteiermark, für Südmähren und für den Böhmerwaldgau. Es liegt uns fern, die Entscheidung aller dieser Fragen durch Waffengewalt herbeizuführen zu wollen, wie uns das in den letzten Tagen wieder nachgesagt und zugemutet worden ist. Wir wissen — und wir täuschen uns nicht darüber —, daß die Waffengewalt gegen uns wäre. Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht unserer Brüder in den bedrängten Ländern durchsetzen nicht durch einen Appell an die Waffen, sondern durch einen Appell an ihren eigenen Willen. Was wir verlangen, das ist, daß sie selbst entscheiden dürfen durch die freie Volksabstimmung unter neutralem Schutze und unter neutraler Kontrolle, wohin sie gehören wollen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*.)

Die tschecho-slowakische Regierung scheint zu glauben, daß wir für unser Recht mit ganz anderen Mitteln streiten wollen; sie hat vor wenigen Tagen den alliierten Mächten eine Note überreicht, in der sie gegen Deutschösterreich die Beschuldigung erhoben hat, daß die deutschösterreichische Regierung eine militärische Verschwörung gegen die tschecho-slowakische Republik unternommen habe (*Heiterkeit und Zwischenrufe*), daß sie Pläne geschmiedet habe zu einem bewaffneten Einfall in tschecho-slowakisches Gebiet. So absurd diese Beschuldigung ist und in so verlezender Weise sie auch geäußert worden ist, so halte ich es doch für notwendig, daß wir uns mit ihr sachlich und leidenschaftslos beschäftigen, zumal sie auch die Aufmerksamkeit der alliierten Mächte gefunden

hat. Aus diesem Grunde möchte ich ganz entschieden feststellen: Die deutschösterreichische Regierung hat niemals, weder für den 4. März noch für irgend einen anderen Termin einen bewaffneten Einfall in tschecho-slowakisches oder von den Tschecho-Slowaken besetztes deutsches Gebiet geplant und sie hat wissenschaftlich niemals gebuldet, daß irgendwer auf deutschösterreichischem Boden solche Pläne schmiede und ihre Durchführung vorbereite. Das ist ja auch im Grunde genommen ganz selbstverständlich; wir müßten ja Kinder oder Narren sein, wenn wir solche Pläne hätten. Wenn die tschecho-slowakische Regierung kein Vertrauen hat zu unserer Treue für die Grundsätze, für die Prinzipien, die die deutschösterreichische Regierung vom ersten Tage ihrer Bildung an verkündet und befolgt hat, so dürfte sie doch wenigstens einiges Vertrauen haben zu unserer Fähigkeit Machtverhältnisse zu erkennen und daraus Schlüsse zu ziehen. (*Zustimmung*.) Wir täuschen uns nicht darüber, daß wir hier auf unserem Gebiete eine bewaffnete Macht haben, die durchaus fähig ist, unsere republikanischen Institutionen zu schützen, die aber ein absolut unbrauchbares Instrument wäre für einen Angriffskrieg gegen die tschecho-slowakische Republik. Dagegen hat die tschecho-slowakische Republik sehr bedeutende Truppenmassen unter ihren Fahnen, und schon ein Vergleich der Kräfteverhältnisse auf beiden Seiten genügt im Grunde genommen, um die tschecho-slowakischen Beschuldigungen zu widerlegen. Wir wissen überdies, daß die alliierten Mächte die Regierung der tschecho-slowakischen Republik bevollmächtigt haben, bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz Böhmen, Mähren und Schlesien in ihren historischen Grenzen besetzt zu halten und wir wissen, daß die Truppen der tschecho-slowakischen Republik unter dem Kommando eines französischen Generals stehen. Wir wissen also ganz genau, was ein solcher Versuch, in das von den Tschecho-Slowaken besetzte Gebiet einzufallen, bedeuten würde, und ich kann mir wiederholen: Wir sind weder Kinder noch Narren, daß man uns solche Absichten unter solchen Umständen zumuten könnte.

Nun behauptet die tschecho-slowakische Regierung allerdings, daß sie Materialien besitze, die ihre Beschuldigung zu beweisen vermöchten, und sie war so gütig, uns diese Materialien auch zur Kenntnis zu bringen. Es sind das einige Altenstücke, im wesentlichen Befehle, die von angeblichen deutschösterreichischen Offizieren ausgestellt sind, von einem Oberstleutnant Leber und einem Hauptmann Schwarz, und worin in der Tat verschiedene feindliche Handlungen gegen die tschecho-slowakische Republik teils angeordnet, teils vorbereitet werden. (*Hört! Hört!*) Wir haben nun selbstverständlich sofort in dem Augenblick, wo das Material zu unserer Kenntnis gekommen ist, eine Untersuchung eingeleitet und das vorläufige Ergebnis der Untersuchung, die noch

keineswegs abgeschlossen ist, kann ich heute mitteilen. Was zunächst den Oberstleutnant Leber anbetrifft, der sich gegen die territoriale Integrität der tschecho-slowakischen Republik vergangen haben soll, so kann ich nur feststellen, daß die Existenz dieses Oberstleutnants Leber bisher nicht festgestellt werden konnte. (Heiterkeit.) In unserer bewaffneten Macht gibt es einen Oberstleutnant dieses Namens nicht. Was den Hauptmann Schwarz betrifft, so gibt es allerdings zwei Hauptleute dieses Namens in unserer Armee, der eine ist Bahnhofskommandant in Hütteldorf (Heiterkeit) und der andere ist bei einem liquidierenden Kader beschäftigt. Beide sind hier in Wien und von beiden kann man sagen, daß schon nach ihrer Dienststellung und nach der Art ihrer Verwendung es ganz ausgeschlossen, ganz unmöglich ist, daß die Befehle, die da von ihnen unterschrieben sein sollen, wirklich von diesen Herren stammen. Es erweckt also den Anschein, als ob irgend jemand ein Interesse daran gehabt hätte, der tschecho-slowakischen Republik einfach falsche Dokumente vorzulegen, so daß die tschecho-slowakische Regierung einfach irreführt worden wäre. Indessen, die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, ich wage das noch nicht zu behaupten. Ich kann nicht leugnen, daß in erregten Zeiten, wie sie jetzt sind, es immerhin auch denkbar wäre, daß sich irgendwo in Deutschösterreich ein Offizier befinden könnte oder ein paar Offiziere, die sich etwa nach berühmten Vorbildern die Bildung irgendwelcher „deutschböhmischen Brigaden“ oder so etwas vornehmen, die da Pläne entwerfen, Skizzen zeichnen, meinetwegen sogar Kundschafter nach Deutschböhmen ausschicken wollen.

Ich bitte: Narren gibt es in aller Welt, ich kann nicht die Möglichkeit in Abrede stellen, daß sich auch hier auf unserem Gebiete irgend ein Narr gefunden haben könnte. Die Untersuchung wird daher fortgesetzt und es ist vom Staatsante für Herrwesen Befehl gegeben worden, daß die Kommandanten der beiden Bataillone, bei denen diese Dinge vorgekommen sein sollen, sofort nach Wien berufen werden und auch ein Hauptmann Leber, der in unserer Armee existiert — obwohl es sehr unwahrscheinlich ist, daß er irgend etwas mit diesen Dingen zu tun haben könnte, aber weil er Leber heißt und namensgleich ist mit jenem angeblichen Oberstleutnant — ist auch sofort hieher zitiert worden, damit festgestellt werde, ob etwa die Herren wirklich etwas begangen haben. Ich kann nur sagen, wenn es Offiziere giebt, die wirklich so kindisch sind, diese naiven, kindlichen Befehle erlassen zu haben, so müßte man daran zweifeln, ob sie für unsere Armee verwendbar sind. Zedenfalls wird es nicht geduldet werden, daß irgend jemand unsere schwierige außenpolitische Lage durch derartige Spielereien noch mehr erschwert. (Sehr richtig!)

Ich habe heute den Herrn General Segré, den Leiter der italienischen Waffenstillstandskommision ersucht, er möge doch an der Untersuchung über diese angeblichen Pläne gegen die tschecho-slowakische Republik auch einen seiner Offiziere teilnehmen lassen, und ich werde auch an den englischen Militärbevollmächtigten, an den Herrn Oberstleutnant Cunningham, dieselbe Einladung richten. Wir haben gar nichts zu verbergen und es ist uns nur willkommen, wenn auch Offiziere fremder Mächte seien, wie es mit dieser angeblichen militärischen Verschwörung gegen die tschecho-slowakische Republik steht. (Beifall.)

Nun hat die tschecho-slowakische Regierung gegen uns auch noch eine zweite Beschuldigung erhoben. Sie behauptet nämlich, daß in den allerletzten Tagen Truppenverschiebungen gegen die tschecho-slowakische Grenze hin erfolgt seien, welche die Sicherheit des tschecho-slowakischen Gebietes bedrohen könnten. (Heiterkeit.) Die Aufklärung ist in diesem Falle noch einfacher als in dem früheren. Es handelt sich nämlich darum, daß wir, wie die Herren wissen, durch das Vorgehen der tschecho-slowakischen Regierung gezwungen sind, unsere Noten aufzustempeln und zu diesem Zwecke eine Grenzsperrre verfügen müssen. Zu dieser Grenzsperrre werden auch Volkswehrformationen verwendet. Dies geschieht nun in der Weise, daß von den einzelnen Volkswerhbataillonen, die nicht weit von unserer Grenze stehen, einzelne Züge oder Schwärme, in der Regel Schwärme zu 10 und 12 Mann in die einzelnen Grenzorte detachiert werden; das sind die Truppenverschiebungen die erfolgt sind. (Heiterkeit.) Die tschecho-slowakische Regierung muß merkwürdig schlecht darüber unterrichtet sein, was hier vorgeht, wenn sie darin irgend etwas erblickt, was die Sicherheit des tschechoslowakischen Staates gefährden könnte.

Damit aber die Gefährlichkeit unserer militärischen Maßnahmen gegenüber der tschecho-slowakischen Republik vor aller Welt in das richtige Licht gerückt werde, will ich sozusagen unsere Ordre de bataille gegen die tschecho-slowakische Republik verraten. Ich habe heute feststellen lassen, wie viel Truppen wir in der Nähe der tschecho-slowakischen Grenze in dem ganzen Raum überhaupt stehen haben. Es stehen von Marchegg bis Rohrbach — das ist ein Raum von ungefähr 420 Kilometer — 4143 Mann, 2 Geschütze, kein Train. (Heiterkeit.) Das soll die Armee sein, die einen Vormarsch gegen die tschecho-slowakische Republik unternehmen soll. Die ganze Beschuldigung ist für jedermann, der unsere Verhältnisse kennt, einfach lächerlich. (Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Wozu ist diese Beschuldigung erhoben worden?) Das weiß ich nicht, darüber muß ich die Vermutungen jedermann freistellen. Ich kann nur sagen, daß wir von jeder Absicht sehr weit entfernt sind, die Frage, die zwischen uns und der

tschecho-slowakischen Republik steht, die Frage Deutschböhmens und des Sudetenlandes mit Gewalt, durch einen Appell an die Waffen entscheiden zu wollen. Das bedeutet allerdings nicht, daß wir auf unser Recht, auf das Recht Deutschböhmens und des Sudetenlandes, daß wir auf das Recht der Deutschen in Südböhmen und Südmähren verzichten oder daß wir es preisgeben wollten. Davon kann allerdings keine Rede sein. Die tschecho-slowakische Regierung meint, wir, die deutschösterreichische Regierung hätte den großen Demonstrationsstreik der deutschböhmischen Arbeiterschaft am 4. März angestiftet, angezettelt oder gar die Streikenden mit Waffen versehen. Das ist natürlich Unsinn. Die deutschösterreichische Regierung hat von diesem Streik nichts gewußt und mit seiner Veranstaltung nichts zu tun gehabt; ja ich darf vielleicht noch hinzufügen: Auch sonst hat hier niemand etwas damit zu tun gehabt, auch keine politische Partei, auch die Arbeiterorganisationen hier im innerösterreichischen Gebiete haben mit diesem Streik nichts zu tun, sondern er ist hervorgegangen aus dem eigenen Willen und dem eigenen Antrieb der deutschböhmischen Arbeiterschaft selbst. (Zustimmung.)

Aber sosehr ich die Beschuldigung ablehnen muß, daß wir irgendwie diesen Streik angestiftet oder von hier unterstützt hätten, so offen gebe ich zu: Ja, es ist wahr. Mit dem Herzen sind wir an jenem Tage bei der deutschböhmischen Arbeiterschaft gewesen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Und wenn, wie die Dinge liegen, unsere Hände und unsere Waffen neutral bleiben müssen, unser Herz wird immer mitschlagen, wenn Deutschbohmen seine Schlachten schlägt. (Erneuter lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir geben von dem Rechte der deutschen Gebiete, die die tschechoslowakische Republik besetzt hält, nichts auf und gerade die Ereignisse vom 4. März, gerade die Schüsse in den deutschböhmischen Städten, gerade die Leichen, die dort liegen, haben gezeigt, wohin man unvermeidlich kommen muß, wenn man einem ganzen Volke von drei Millionen Menschen eine verhaftete Fremdherrschaft aufzwingen will. (Lebhafte Zustimmung); sie haben gezeigt, daß die Voraussetzung der Ruhe und Ordnung hier in unseren Ländern ist, daß man jedem Volke und jedem Volksteile das Recht gibt, über seine staatliche Ordnung, über seine staatliche Zugehörigkeit nach seinem freien Willen selbst zu entscheiden. Wir wollen dieses Recht Deutschböhmens und des Sudetenlandes nicht mit Waffengewalt erzwingen, wir bauen unsere Hoffnung auf eine ganz andere Entwicklung. Wir wissen, daß heute in aller Welt mit sieghafter Kraft sich jene großen Ideen der Demokratie durchsetzen, die unvereinbar sind mit jeder Fremdherrschaft, unvereinbar mit jeder Verstülpelung eines

Volkes, unvereinbar mit jeder Herrschaft, die auf nichts gegründet ist als auf Gewalt und sich täglich nur durch die Gewalt erhalten kann. Auf die sieghafte Kraft der demokratischen Ideen, die gerade in der jüngsten Zeit soviel Fremdherrschaft, soviel Zwangsherrschaft schon gebrochen, so vielen Völkern schon die Befreiung und Einigung gebracht haben, auf sie allein setzen wir unsere Hoffnung.

Das deutsche Volk hat, durch die blutige Erfahrung des Krieges belehrt, für immer den Ideen der Gewalt entagt, aber desto fester vertraut es und darf es heute vertrauen der Gewalt der Ideen. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Der Staatssekretär wird vielseitig beglückwünscht.)

Präsident: Ich bitte die Redner, die zum Worte gelangen, vom Referentenische aus zu sprechen, den wir vorläufig als Rednertribüne benützen werden.

Zum Worte haben sich gemeldet, und zwar kontra die Herren Abgeordneten Dr. Stumpf, Dvorák, Juž und Stricker, pro die Herren Abgeordneten Wedra und Dr. Bauer.

Ich erteile dem ersten Kontrahendner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Stumpf das Wort.

Abgeordneter Dr. Stumpf: Hohes Haus! Es kann nicht meine Absicht sein, im jetzigen Augenblick mich mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Bauer zu beschäftigen, nur eine Bemerkung sei mir gestattet. Es ist von Kommissionen gesprochen worden, die da gebildet werden sollen, um die Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland in die Wege zu leiten. Dazu erlaube ich mir zu bemerken, daß doch diese Kommissionen wohl so gedacht sind, daß nicht bloß Beamte dabei eine Rolle spielen, sondern auch Mitglieder dieses hohen Hauses beigezogen werden, und insbesondere legen wir Wert darauf, daß auch Vertreter der Länder, soweit sie im Bereiche Deutschösterreichs liegen, hineinberufen werden.

Zum Worte habe ich mich aber in Angelegenheit des Landes Tirols gemeldet. Der Sprecher der christlichsozialen Tiroler hat bereits im Verfassungsausschuß unsere Stellungnahme präzisiert und eine Erklärung des Sinnes abgegeben, daß die endgültige Stellungnahme Tirols von den Beschlüssen der ordnungsgemäß gewählten und konstituierten Landesversammlung abhängig ist. Wir sind nicht in der Lage, von dieser Erklärung abzugehen und deswegen ist es uns auch nicht möglich, zum ersten Gesetzentwurf heute Stellung zu nehmen. Die Tiroler christlichsozialen Abgeordneten legen Wert darauf, daß diese Erklärung auch dem vollen Hause

zur Kenntnis gebracht werde und ich habe die Ehre, dieselbe zu verlesen (*liest*):

„Rechtsverwahrung.“

Die unterzeichneten Mitglieder der konstituierenden Nationalversammlung aus Tirol sind der unerschütterlichen Rechtsüberzeugung, daß auf Grund des wiedererlangten freien Selbstbestimmungsrechtes des Landes Tirol und kraft der geschichtlichen Rechtsentwicklung sowohl wie kraft der fort-dauernden Geltung der Tiroler Landesordnung vom 26. Februar 1861 nur ein freigewählter Tiroler Landtag berufen ist, souverän über die weitere staatsrechtliche Zukunft des Landes zu entscheiden.

Solange eine solche Entscheidung nicht erfolgt ist, können die Unterzeichneten nur unter Vorbehalt und unter Aufrechterhaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen.

Dr. Mayr.
Steinegger.
Dr. Stumpf.
Unterkircher.
Haueis.“

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Wedra.

Abgeordneter Wedra: Ich verzichte.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Wedra verzichtet auf das Wort.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dvořák. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dvořák: Hohe Nationalversammlung! Vor allem erkläre ich, daß ich in dieser hohen Versammlung nicht die Herren nachahmen werde, die im Zorn oder durch Zwischenrufe ihrer Meinung und ihren Ansichten freien Lauf lassen. Als Abgeordneter gedenke ich nicht den Weg zu verlassen, den ich schon als Journalist gegangen bin, den Weg, anständig auch gegen meine politischen Feinde zu bleiben. Überhaupt hier, auf dem Boden des Parlaments, für dessen Existenz und Demokratisierung ich schon in der Zeit des Taaffe-Regimes im Gefängnis dulden mußte, will ich mich nicht zu Handlungen hinreißen lassen, die sich mit der Bürde dieses Hauses nicht vereinbaren lassen. Ich werde nie mit Geschrei operieren und noch weniger auf aufgeregte Zwischenrufe antworten. Ich vertrete die Ansicht, daß es eines Abgeordneten unwürdig ist, anders als auf der Rednertribüne seine Meinung zu äußern.

Und nun zur Sache! Es liegt uns eine Vorlage vor, die einerseits zu unterstützen, andererseits aber unannehmbar ist. Daß Deutschösterreich eine demokratische Republik ist, ist gewiß zu billigen, und ich kann nur wiederholen, daß unsere tschecho-slowakischen Einwohner in Deutschösterreich loyal auf dem Boden der „Deutschösterreich“ genannten Republik stehen und daß die Erhaltung dieser Republik in deren faktischen Grenzen unser inniger Wunsch ist. Wir nehmen gegenüber dieser „Deutschösterreich“ benannten Republik keinen feindseligen Standpunkt ein; im Gegenteil, wir wünschen innigst, daß dieser Staat in seinen faktischen Grenzen bei Achtung der Rechte aller europäischen Völker und Republiken bald ihre Unterstützung, ihre Freundschaft und Liebe erwirkt. Ob ihm das aber in Verbindung mit dem Deutschen Reich gelingen wird, ist eine andere Frage. (*Lachen.*)

Meiner Ansicht nach wäre es also viel besser, wenn das Gesetz bestimmte: Deutschösterreich ist eine souveräne, in jeder Richtung selbständige demokratische Republik. Anstatt dessen lesen wir in der Vorlage, daß Deutschösterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist. Seit wann? Und wer hat das bestimmt? Diese Angelegenheit kann nicht einseitig bestimmt werden; dazu muß auch Deutschland seine Bewilligung geben und ich frage, wer ist jetzt in Deutschland zu einer Einwilligung berechtigt? Erstens ist die deutsche Regierung bis jetzt von niemandem anerkannt worden (*Zwischenrufe*), zweitens, wer regiert eigentlich in Deutschland, das nicht imstande ist, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen und seine Bewohner zu befriedigen? In Deutschland wütet die Revolution und man kann nicht wissen, wie lange die Scheidemann-Regierung andauert und von welcher Seite sie gestürzt wird. (*Zwischenrufe*.) Diese Regierung ist daher nicht berechtigt, über Deutschösterreich zu entscheiden, denn sie müßte vor allem imstande sein, ihre eigenen Bewohner zu befriedigen. (*Zwischenrufe*.)

Vergeessen Sie nicht, daß jede Verbindung Österreichs mit Deutschland katastrophal geendet hat. Schon das alte Österreich hat seine Gemeinschaft mit Deutschland mit seiner Existenz bezahlt. Österreich konnte um zwei Jahre früher Frieden haben, ja, Österreich brauchte überhaupt keinen Krieg zu führen, wenn es nicht mit Deutschland in Verbindung gewesen wäre. Österreich könnte die größte europäische Großmacht werden, wenn es nicht durch eine pangermanische Politik verführt worden wäre. (*Heiterkeit.*) Österreich könnte ein Musterstaat werden (*Heiterkeit*), wenn es gerecht gewesen wäre. Die Serben hätten sicherlich viel lieber einen Anschluß an Österreich gewünscht, als mit ihm Krieg zu führen, wenn sie gesehen hätten, daß in

Österreich alle Nationen gleichberechtigt sind und daß Österreich sie anständig behandle. Und so wie die Serben hätten auch alle anderen Balkanvölker mit Österreich eine Verbindung gesucht, wenn es wirklich ein Bund freier Völker geworden wäre.

Anstatt dessen hat man hier fortwährend Politik gegen die nichtdeutschen Völker gemacht und sie unterdrückt. Und gerade so wie diese Politik verfehlt war, ist auch die Politik unrichtig, die Sie jetzt betreiben. Bei Deutschland ist auch in der Zukunft kein Glück für Deutschösterreich. Ich will jetzt nicht davon reden, daß Sie die Verbindung mit dem Deutschen Reich nicht erzielen werden; aber wenn auch die Verbindung möglich wäre, versichere ich Sie, daß das eine gerade so katastrophale Politik wäre, wie das Testament in Deutschland, als die russische Regierung den Zentralmächten den Frieden angeboten hat, man in Deutschland aber nichts von einem Frieden hören wollte und glaubte, daß nicht nur Russland, sondern auch Frankreich und England niedergesungen werden würden. (*Zwischenrufe.*) Auch wenn Sie die Angliederung erreichen könnten, würden Sie nichts anderes erleben, als die Vernichtung unserer Industrie, des Handels und des Gewerbes. Eine glücklichere Zukunft, wie sie die deutschösterreichische Republik erzielen könnte, würden Sie opfern den bloßen und nichtigen pangermanischen Aspirationen. (*Heiterkeit.*)

Suchen Sie lieber eine Verbindung mit der tschecho-slowakischen Republik (*lebhafte Heiterkeit*) sowie mit dem jugoslawischen Staate. Es ist doch möglich, daß Sie eine Konföderation der Donaustaaten erzielen werden. (*Lebhafte Zwischenrufe und Unruhe.*) Wenigstens können Sie meiner Ansicht nach eine große Zoll- und Handelsassozierung der Staaten erzielen und so werden Sie die Interessen der deutschösterreichischen Bewohner viel mehr schützen. (*Heiterkeit.*) Das wäre eine viel nützlichere Politik und ich als deutschösterreichischer Staatsbürger bin davon überzeugt, daß uns nichts anderes übrig bleibt, als den Weg zur Konföderation der Staaten zu suchen. Deshalb erlaube ich mir, folgenden Resolutionsantrag zu stellen (*liest*):

„Der Regierung der deutschösterreichischen Republik wird aufgetragen, sich mit der Regierung der tschecho-slowakischen Republik wegen einer gegenseitigen Vereinbarung zu wechselseitigem Schutz der Minoritäten — der deutschen Minoritäten in den Gebieten der tschecho-slowakischen Republik, der tschecho-slowakischen Minoritäten auf Deutschösterreichs Boden — in Verbindung zu setzen.“

Gleichzeitig wird der Regierung aufgetragen, mit der tschecho-slowakischen Republik wegen Einsetzung einer gemeinsamen

Kommission zur Beratung über die Erneuerung freundschaftlicher, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und über die Regelung der sozialen Verhältnisse in der Zukunft zu unterhandeln.“

Da die Gesundung des wirtschaftlichen Lebens in der Deutschösterreich benannten Republik nur in freundschaftlicher Eintracht mit den Nachbarstaaten erreichbar ist, sei eine gemeinsame Kommission beider Republiken insbesondere mit dem Auftrage zu betrauen, Wege und Mittel zur Schaffung einer großen Zoll- und Handelsassozierung der Staaten zu suchen mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der breitesten Bevölkerungsschichten jener Staaten, welche in dieser Vereinigung vertreten wären. Die gemeinsame Kommission sei auch mit der Aufgabe zu betrauen, darüber eingehend zu beraten, ob zur Verwirklichung der Staatenvereinigung nicht eine Internationalisierung Wiens und eine Neutralisierung des Landes Niederösterreich, eventuell eine Neutralisierung von ganz Deutschösterreich beitragen würde. Da von Berufspolitikern die Verwirklichung weder der Minoritätschutzvereinbarung noch der Staatenassozierung zu erwarten ist, empfiehlt die Konstituierende Nationalversammlung Deutschösterreichs, daß die Kommission aus Vertretern wirtschaftlicher Organisationen, insbesondere der Arbeitergewerkschaften, weiters der Handels- und Gewerbeäkammern und entsprechender Organisationen der Gewerbetreibenden und der Handels- und Industrievereine zusammengesetzt sei.

Deutschösterreichs Regierung sei aufzutragen, sie möge den Beschuß der Nationalversammlung über die Notwendigkeit einer großen Zoll- und Handelsassozierung mit den Nachbarstaaten der Entente mitteilen.“

Meine hochgeehrten Herren! Sie haben die Möglichkeit, meinen Resolutionsantrag überhaupt nicht zu unterstützen und ihn nicht anzunehmen, aber vergessen Sie nicht, meine Herren, daß die Geschichte hier ihr Kapitel schreibt. Sie verzeichnet nicht nur die Worte, die hier gesprochen worden sind, sondern auch die Gedanken, welche im menschlichen Innern schlummern. Die Geschichte wird immer zeigen, daß Sie nicht so kurzfristig gewesen sind, um nicht zu sehen, daß die Verbindung mit Deutschland sowie keine leichte, so auch keine nützliche Sache ist. Schützen Sie daher die Interessen unserer Bewohnerschaft und wälzen Sie nicht eine solche Schuld auf sich wie die führenden Männer des alten Österreich, sonst wird Sie wie

diese der Fluch der kommenden Generationen treffen.

Erlauben Sie mir, meine Herren, auch einige Worte über die Zinschrift zu äußern, welche der Herr Dr. Lodgman dem Herrn Präsidenten zugeschickt hat, als meine Erklärung in den Zeitungen erschienen ist. Herr Dr. Lodgman ist nicht zufrieden mit meiner Behauptung, daß hier in Wien jeder fünfte, ja vielleicht jeder vierte Mensch tschecho-slowakischer Abstammung ist.

Präsident (*unterbrechend*): Ich muß den Herrn Redner bitten, zum Gegenstande zu sprechen. (*Zustimmung*.)

Abgeordneter **Dvůrak** (*fortfahrend*): Meine hochverehrten Herren! Es wurde hier auch darüber gesprochen, was für ein Unglück in Deutschböhmen bei der letzten Arbeiterdemonstration geschehen ist. Ich habe schon in einer Versammlung erklärt, daß ich diese Ereignisse verurteile, und ich verurteile jede Macht, die in unrechtfertiger Weise ausgeübt wird. Aber, meine hochgeehrten Herren, erlauben Sie mir, hier zu erklären, daß auch die tschecho-slowakische Regierung und gewiß auch der hochgeschätzte Präsident der tschecho-slowakischen Republik mit dem, was in Deutschböhmen geschehen ist, nicht einverstanden ist. (*Zwischenrufe*) Ich glaube, daß erst die Geschichte beweisen wird können, wer eigentlich an diesen traurigen, blutigen Ereignissen schuld ist. (*Zwischenrufe*) Gerade als Angehöriger eines Volkes, welches wegen seiner nationalen Gesinnung so viel gelitten hat, gebe ich dem Gedanken Ausdruck, daß den Völkern solche Leiden jetzt erspart bleiben müssen. Gerade so wie es mir weh getan hat, daß meine Konstitutionen in Floridsdorf und anderen Orten Niederösterreichs anlässlich der Wahlen in die Nationalversammlung an der Betätigung ihres bürgerlichen Wahlrechtes gewaltsam gehindert und aus den Fabriken gejagt wurden (*Zwischenrufe*), ebenso tut es mir weh, zu lesen, daß in Böhmen Blut geflossen ist. Es tut mir auch weh, hier sagen zu müssen, daß die traurigen Vorfälle, die sich in Böhmen ereignet haben, nur ein Glied in der Kette der menschlichen Schmerzen und Leiden sind und daß erst die objektive pragmatische Geschichte die Zusammenhänge aufklären wird. (*Zwischenrufe*.)

Obwohl ich der Untersuchung, wer eigentlich schuld ist, nicht vorgreifen will, kann ich doch nicht verschweigen, daß die Schuld vor allem auf diejenigen fällt, die den Krieg verschuldet haben (*Zwischenrufe*), und das sind wir Tschechen nicht. Wir wollten keinen Krieg, sondern die Verbrüderung der Nationen schon längst vor dem Jahre 1914. Aber auf unser Verlangen wurde uns immer geantwortet, daß wir minderwertig sind. Die Deutschen

haben an die Nietzschesche Idee vom Übermenschen geglaubt und in diesem blinden Glauben haben sie übersehen, daß statt Übermenschen nur Kriegsheizer, gewissenlose Gewalttäter und schamlose Kriegswucherer erwachsen sind.

Wir Slawen glauben aber doch, daß die Verbrüderung zwischen den einzelnen Menschen wie auch zwischen den Nationen kommen wird, und keine blutigen Ereignisse und keine Schrecken sind imstande, uns von dieser Idee abzulenken. Auch ich bin ein leidenschaftlicher Kämpfer für den Frieden unter den Völkern und hoffe zuversichtlich, daß ich auch den Frieden zwischen den Deutschen und Tschechen erleben werde. Man wird den Frieden in Böhmen nicht durch Haß und Revolten erreichen, sondern nur durch ein vernünftiges Vorgehen. (*Zwischenrufe*) Eine Losreisung des sogenannten deutschböhmischen Gebietes von der tschecho-slowakischen Republik werden Sie, meine Herren, nicht erreichen. (*Erneuerte lebhafte Zwischenrufe*.)

Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Dvůrak**: Meinen Informationen nach ist diese Sache in Paris schon entschieden, und zwar zugunsten der tschecho-slowakischen Republik. (*Fortgesetzte Zwischenrufe*.)

Präsident: Ich bitte, meine Herren, nicht zu unterbrechen und insbesondere ist es unzulässig, daß man die Rednertribüne flankiert.

Abgeordneter **Dvůrak**: Glauben Sie nicht, daß Sie durch Revolten gegen die Pariser Beschlüsse etwas erreichen werden.

Der Herr Staatskanzler Dr. Renner glaubt, daß die Internationale den Frieden, wie sich ihn die Deutschen in Böhmen und auch hier in Deutschösterreich wünschen, über die Köpfe der Herren in Paris hinweg machen wird. Alle Ehre der Internationale, alle Ehre dem, was sie schon für die arbeitenden Schichten getan hat, alle Ehre auch den Ideen, die sie bis jetzt nicht verwirklicht hat, zum Beispiel Abschaffung des Krieges und Sicherung der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit auch für alle kleinen Nationen. (*Zwischenrufe*) Hoffen wir, daß sie in der Zukunft diese Ideen verwirklicht! Daß sie aber so viel freie Zeit hätte, um sich mit der Störung des Pariser Friedens wegen der deutschböhmischen Frage beschäftigen zu können, das glauben Sie, meine Herren, selbst nicht. (*Lebhafte Zwischenrufe*.)

Die Ereignisse sind mächtiger als die Menschen, die Ereignisse sind auch mächtiger als die Wünsche einer Nation. Und diese mächtigen Ereignisse, die seit der furchterlichen Niederlage der

deutschen und österreichischen Armeen mit uns wie mit einem Balle spielen, werden die Losreißung der sogenannten deutschböhmischen Gebiete nicht erlauben. (*Zwischenrufe.*) Vergeuden Sie daher die kostbare Zeit nicht (*Zwischenrufe*), sondern suchen Sie sich den Verhältnissen der Zeit anzupassen und der Bevölkerung Frieden und neues Leben zu verschaffen. Das können und werden Sie nicht erreichen, wenn Sie mit den slawischen Staaten fortwährend in Zwietracht leben werden, sondern nur dann, wenn Sie sich mit allen Nachbarstaaten vereinigen und genug guten Willen zeigen, daß Sie friedlich leben wollen. (*Zwischenrufe.*)

Für die Vorlage, die uns vorgelegt ist, kann ich nicht stimmen, eher müßte ich dagegen protestieren, daß Leute aus Böhmen berufen werden, um hier Gesetze zu machen, denen sie zu Hause keinerlei Geltung verschaffen können.

Präsident: Ich bitte die Herren, die Plätze einzunehmen.

Der Herr Abgeordnete Dvořák hat einen Resolutionsantrag gestellt, der nicht die in der Geschäftsordnung vorgesehene Zahl von Unterschriften trägt. Ich bin daher geneigt, die Unterstützungsfrage zu stellen, und ich ersuche diejenigen Mitglieder, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Nach einer Pause:*) Der Antrag ist nicht unterstützt und kann daher auch nicht in Verhandlung gezogen werden.

Zum Worte gesangt der Herr Abgeordnete Dr. Waber.

Abgeordneter Dr. Waber: Hohe Versammlung! Das Protokoll über die heutige Sitzung wird wohl für alle Welt ein Dokument dafür sein, was sich die deutschösterreichische Nationalversammlung von einem einzigen Tschechen in diesem Hause gefallen läßt. (*Sehr richtig!*) Eine Geduld, wie sie wohl in der ganzen Welt nicht ihresgleichen findet! Und wenn wir dem das Verhalten der Tschechen gegen unsere Brüder im Sudetenland und in Deutschböhmen gegenüberstellen, so müssen wir sagen, daß es geradezu gräßlich ist und daß wir berechtigt sind, uns dem scharfen Proteste anzuschließen, den unser verehrter Herr Präsident heute hier vorgebracht hat. (*Zustimmung.*) Man sieht genau, wie verschieden die Völker denken. Das immer über Unterdrückung klagende tschechische Volk hat hier einen Vertreter für 60.000 Wähler und das große deutsche Volk in Deutschböhmen mit seinen dreieinhalb Millionen ist nicht imstande, auch nur einen einzigen Vertreter in diese hohe Versammlung zu entsenden. (*Sehr richtig!*) Diese Massen der Deutschen werden mit Gewalt verhindert, ihr Wahlrecht auszuüben,

und nicht genug an dem, sie werden auch verhindert, in Versammlungen ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, auf Wehrlose wird geschossen, Hunderte werden niedergeschlagen und das alles unter dem Panier eines freien Volkes und des freien tschechoslowakischen Staates.

Wenn es in der Welt überhaupt eine Gerechtigkeit gibt, dann kann wohl das Wort, welches der Herr Vorredner ausgesprochen hat, daß das Schicksal Deutschböhmens zugunsten des tschechoslowakischen Staates entschieden worden sei, niemals zur Wahrheit werden. (*Sehr richtig!*) Die Verwirklichung eines solchen Gedankens hätte nichts anderes zur Folge, als beständige Kämpfe in dem tschechoslowakischen Staate, eine Balkanisierung des alten Österreich-Ungarn, Balkangreuel, wie sie nicht ärger auf dem Balkan sich zugetragen haben. Man kann nicht glauben, daß irgendeine Konferenz von Staatsmännern in diesem Sinne eine Entscheidung treffen könnte. Es ist nicht allein ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch der politischen Klugheit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechend dem Gedanken, von dem es getragen ist, tatsächlich zu verwirklichen.

Wir schließen uns aus diesen Gründen mit vollem Herzen dem Antrage an, der aus dem Ausschuß hervorgegangen ist. Allerdings hätten wir in mancher Richtung eine andere Fassung und vor allem anderen die sofortige Bannahme der Wahl der Vertreter Deutschböhmens und des Sudetenlandes gewünscht. Wir haben im Ausschuß beantragt, daß der bezüglichen Gesetzesstelle folgende Fassung gegeben werde (*liest*):

"Die Konstituierende Nationalversammlung legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß diese Gebiete an der freien Wahl behindert worden sind und dadurch ihrer Vertretung in der Konstituierenden Nationalversammlung durch rechtswidrige Gewalt beraubt werden sollen. Sie stellt fest, daß somit die Voraussetzungen für die Einberufung von Vertretern gemäß § 40 der Wahlordnung gegeben erscheinen, und beschließt, Vertreter dieser Gebiete als vollberechtigte Mitglieder der Nationalversammlung zu berufen."

Dieser Antrag ist im Ausschuß sowohl von den Herren Sozialdemokraten wie auch von den Christlichsozialen abgelehnt worden. Wortführer der sozialdemokratischen Partei war Kollege Austerlitz, Wortführer der Christlichsozialen Professor Dr. Gürler.

Nun aber, meine Herren, wollen wir nicht wieder eine Abänderung des Gesetzes beantragen, wir wollen diesen Gesetzentwurf, wie er hier vorgeschlagen wird, einstimmig annehmen und verlegen infolgedessen das Hauptgewicht der Abstimmung in

die Entschließung, welche schon von der Staatskanzlei vorgeschlagen worden ist (*liest*):

"Die Nationalversammlung setzt einen 24-gliedrigen Ausschuß ein, welcher die im § 40 des Gesetzes vom 18. Dezember 1918, St. G. Bl. Nr. 115, über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung vorgeesehenen und nach § 3 des Gesetzes über die Staatsform und das besetzte Staatsgebiet der konstituierenden Nationalversammlung selbst vorbehaltenen Berufungen von Abgeordneten für die besetzten Gebiete vorbereitet, die Unterlagen für diese Ernennungen überprüft und dem Hause binnen acht Tagen Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen hat."

Wir haben an der von der Staatskanzlei vorgeschlagenen Entschließung nur die eine Änderung vorgenommen, daß wir die Terminierung der Beschlusffassung und Berichterstattung des Ausschusses mit acht Tagen verlangen. Gerade weil die Tschecho-Slowaken in unverantwortlicher Weise gegen unsere Brüder in diesen Gebieten vorgehen, ist es dringend notwendig, daß eine Vertretung dieser Gebiete in der Nationalversammlung erscheine. Es müßte ein trauriges Gefühl in ganz Deutschböhmen auslösen, wenn wir zögern würden, die Vertreter dieser Gebiete hierher einzuladen. Deutschböhmen müßte sich verlassen fühlen, und aus diesem Grunde sollen wir diesen Streitpunkt nicht unter uns lassen, sondern ihn rasch bereinigen.

Wir haben auch im Ausschuß darauf hingewirkt, daß entweder so oder so entschieden werde, positiv oder negativ. Nun ist diese Entscheidung im Ausschuß nicht gefällt worden. Aber die Ausschüßmitglieder und auch die Regierung haben gefühlt, daß ein zwingender Zeitpunkt eintreten wird, in dem wir mit der Einberufung der Vertreter dieser besetzten Gebiete eingreifen müssen. Ich glaube, es wäre verfehlt, diesen Zeitpunkt hinauszuschieben und dadurch Unsicherheit zu erzeugen. Es ist ein weit-aus besserer Protest gegen die Verhinderung der Wahlen, wenn wir von dem Gesetze, das uns die Ernennung möglich macht, Gebrauch machen, als wenn wir uns mit dem Protest durch den vorgeschlagenen Gesetzentwurf begnügen. Ich bitte Sie, meine Verehrten, in dieser Richtung auch zu stimmen.

Wir haben aber auch noch eine weitere kleine Abänderung vorzuschlagen. Im Artikel 2 des Gesetzes über das besetzte Staatsgebiet wird feierlicher Einspruch erhoben gegen die gewaltsame Besetzung der Länder und im weiteren Verlaufe werden diese Länder und Gebiete sowie jener Teil von Deutsch-Südtirol, der vom Königreich Italien auf Grund des Waffenstillstandsvertrages besetzt ist, kraft des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und eigener freier Beitrittskündigungen als unverzichtbare Be-

standteile der Republik Deutschösterreich erklärt. Wir erlauben uns, zu beantragen, daß noch ausdrücklich nach "Deutsch-Südtirol" eingetragen werde "und Kärnten", damit in dieser Richtung kein Zweifel entsteht, weil ja genau so wie Deutsch-Südtirol auch Kärnten teilweise von den Truppen des Königreiches Italien besetzt ist. Dieser Antrag bezweckt nur eine Klärstellung des Gesetzes.

Und nun, meine Verehrten, noch ein Wort über die Tschechen. Wir bedauern es außerordentlich, daß die Tschechen, ganz im Gegensatz zu der Behandlung der Tschechen in unserem Gebiete, gegen die Deutschen, insbesondere die deutschen Beamten und die deutschen Offiziere, vorgehen, daß sie viele deutsche Beamte aus dem deutschen Gebiete entfernt haben, daß sie deutsche Offiziere und Mannschaftspersonen zwingen, in die tschecho-slowakische Armee einzutreten, daß deutsche Geiseln von den Tschechen ausgehoben werden. Ein flagranter Rechtsbruch ist auch die Behandlung unseres Geschäftsträgers in Prag, des dort weilenden Legationsrates Marek. Wir müssen gegen dieses Vorgehen auf das entsprechende Protest erheben, genau so wie gegen die Behandlung des Staatssekretärs für Heerwesen Mayer.

Statt ihr Vorgehen zu entschuldigen, wollen die Tschechen die Welt glauben machen, daß auf unserer Seite ein Unrecht ist. Ich bin weit davon entfernt, die Verlautbarung der Tschechen über die „Verschwörung“ in diesen tschechischen Gebieten irgendwie ernst zu nehmen. Dieses Dokument ist für mich nur eine neue Königinhofer Handschrift (*sehr gut!*), und wer die Tschechen in dieser Richtung auf literarischem Gebiete kennt, wird auch diese Veröffentlichung auf dem politischen Gebiete nicht ernst nehmen können.

Wir müssen es aber begrüßen, daß unser Staatssekretär des Äußern doch den Vertretern der fremden Nationen in Deutschösterreich Gelegenheit gibt, sich von den tatsächlichen Verhältnissen zu überzeugen. Wir alle, die wir die Verhältnisse kennen, wissen, daß, wenn sie gerecht überprüft werden, die Tschechen nur mit einer furchtbaren Blamage aus dieser Angelegenheit hervorgehen werden. Man sieht bei ihnen einen frankhaften Verfolgungsmahn und eine Verfolgungssucht gegenüber den Deutschen, die in Deutschböhmen und im Sudetenland wohnen. Und wenn der Herr Redner davon gesprochen hat, daß wir die Schaffung einer Donauföderation in Erwägung ziehen sollen, dann sagen wir ihm folgendes: Wir haben nicht die geringste Lust, in Zukunft in irgendwelche engere Beziehungen mit den Tschecho-Slowaken zu treten. (*Zustimmung.*) Wir wollen mit ihnen so wenig wie möglich zu tun haben.

Die Tschechen haben sich ja selbst gerühmt, daß sie schon während des Bestandes Österreichs

mit Hand angelegt haben, dieses Reich zu zerstören, und wenn wir mit ihnen zusammen in einer Donauföderation wären, würden wir ganz dieselben Erfahrungen mit ihnen machen, die wir hier in diesem Hause mit ihnen gemacht haben. Eine ruhige, sachliche Verhandlung unter Ausnutzung der Zeit würde, wie schon der Herr Vorredner gezeigt hat, gar nicht möglich sein. Infolgedessen gibt es für uns nur eine Forderung: Eine reinliche Scheidung. Wir sind selbstverständlich bereit, mit den Tschechen in Vertragsverhältnisse zu treten, wir unsererseits werden Verträge, die wir schließen, immer auf das getreueste halten, aber jede darüber hinausgehende staatliche Gemeinschaft ist für uns von Haus aus nach den Erfahrungen, die wir mit den Tschechen gemacht haben, ein geradezu unerträglicher Gedanke. (Zustimmung.)

Wir wissen, daß wir in der Welt nur einen Freund haben und dieser eine Freund sind unsere Brüder im Deutschen Reiche (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*), und wie bei allen Völkern der nationale Gedanke Wurzel gefaßt hat, so hat er auch in den breiten Massen des deutschen Volkes Wurzel gefaßt; das deutsche Volk will seine Zusammengehörigkeit haben und wir wissen genau: Blut will zu Blut, Volk zu Volk und deutsches Gebiet zum großen reichsdeutschen Staats-, Rechts- und Wirtschaftsgebiet kommen. Das ist eine Entwicklung, die sich nicht aufhalten läßt, das ist eine historische Entwicklung von einer natürlichen Triebkraft, die vielleicht durch künstliche Einflüsse eine kurze Zeit verzögert werden kann, die aber auf die Dauer nicht aufzuhalten ist.

In diesem Sinne erklären wir unsere Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf und bitten Sie, die Anträge, die wir hier gestellt haben, insbesondere den Antrag, betreffend die Einberufung der Vertreter der besetzten Gebiete, anzunehmen, um der ganzen Welt ein Bild der Einigkeit und Geschlossenheit der Deutschen Deutschösterreichs zu geben. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Juk; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Juk: Hohe Nationalversammlung! Über die Stellung des Landes Vorarlberg zu dem in Verhandlung stehenden Gegenstande bin ich in der Lage, folgendes mitzuteilen: Mit Rücksicht auf die in Vorarlberg bezüglich des Anschlusses an einem der benachbarten größeren Staaten vorhandenen Strömungen hat der Vorarlberger Landesrat am 10. d. beschlossen, die vom privaten Landeswerbeausschuß für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz veranstaltete Unterschriftensammlung der Bundesregierung in Bern nicht zu übermitteln, weil er nur von amtlich durch-

geföhrten Abstimmungen offiziell Gebrauch machen kann, dagegen der Landesversammlung folgende Anträge zu stellen: 1. Die Erklärung vom 3. November 1918, in welcher sich das Land Vorarlberg im Rahmen von Deutschösterreich selbstständig erklärt, trägt provisorischen Charakter, wie die Landesversammlung selbst. 2. Der neu zu wählende Landtag entscheidet über den definitiven Anschluß des Landes an ein größeres Staatswesen. Fällt der Landtag die Entscheidung für den Anschluß an ein anderes Staatswesen als Deutschösterreich oder ist die Provisorische Landesversammlung schon zur Entscheidung genötigt, so muß der Beschuß einer Volksabstimmung unterbreitet werden. 3. Die Landesversammlung wählt aus ihrer Mitte einen fünfgliedrigen Verhandlungsausschuß, der durch Täuschungnahme mit den Regierungen in Wien, Bern und München die Bedingungen zu erfahren trachtet, unter welchen sich Vorarlberg anschließen könnte. Die Erhebungen haben insbesondere in politischer, kultureller und finanziellwirtschaftlicher Richtung zu erfolgen. 4. Der Landesrat hat ein Prüfungskomitee zu bestimmen, das die wirtschaftlichen Fragen der möglichen Anschlüsse für die Gesamtheit des Volkes und für die einzelnen Berufsgruppen zu untersuchen hat.

Meines Wissens ist dieser Beschuß des Vorarlberger Landesrates, in dem die drei großen Parteien vertreten sind, einhellig gefaßt worden. Aus demselben geht hervor, daß man in Vorarlberg die Sache genau prüfen will, bevor man sich entscheidet. Ich persönlich bin zwar der Meinung, daß der Punkt 2 des § 1 „Deutschösterreich“ ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches“ kein Staatsvertrag ist. Dieser schon einmal von der Provisorischen Nationalversammlung gefaßte Beschuß, der heute wiederholt werden soll, wird aber vom Volke anders aufgefaßt und das Volk glaubt, was in einem Gesetze steht, muß auch Gesetzeskraft besitzen.

Deshalb sind wir Vorarlberger Abgeordnete aus Parteikreisen ersucht worden, diesem Gesetze nicht zuzustimmen und nachstehende Erklärung abzugeben. Diesem Wunsche komme ich gerne nach:

„Die Erklärung der Provisorischen Nationalversammlung vom 3. November 1918, wonach sich das Land in den Rahmen Deutschösterreichs fügte, trägt provisorischen Charakter, wie die Landesversammlung selbst. Unser Volk will durch einen selbstgewählten Landtag oder durch eine allgemeine Volksabstimmung über den endgültigen Anschluß entscheiden und lehnt eine bindende Entscheidung durch die Nationalversammlung mit Übergehung der Länder ab.“

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Abram; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Abram: Hohes Haus! Geehrte Frauen und Männer! Die Erklärung, die Herr Dr. Stumpf für einen Teil der Tiroler abgegeben hat, nötigt mich, als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in Tirol unsere Erklärung abzugeben. Sie lautet (*liest*):

„Die Vertreter der arbeitenden Klassen der Länder Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg erklären:

Die deutschen Ostalpenländer bilden, nach ihrer geographischen Lage und Beschaffenheit, wie nach ihren wirtschaftlichen Lebensbedingungen eine Einheit und sind außerdem geschichtlich durch Jahrhunderte miteinander verbunden. Diese Länder haben auch insofern ein gemeinsames Schicksal erfahren, als sie durch den Widerstreit der Dynastie und durch die Gewaltpolitik der Häuser Habsburg und Hohenzollern wider ihr Interesse und das historische Recht vom deutschen Mutterlande abgetrennt worden sind.

Die arbeitende Bevölkerung der Alpenländer, einerlei, ob sie auf dem Lande oder in der Industrie in den Städten arbeitet, hat das unzweideutige Interesse, beisammen zu bleiben und den Eintritt in das Deutsche Reich gemeinsam zu vollziehen. Wir sozialdemokratischen Abgeordneten erkennen daher die Nationalversammlung ohne Vorbehalt als unsere oberste Gewalt an und erwarten von ihr, daß sie den Anschluß an die deutsche Republik so rasch als möglich vollzieht.“

Zu dieser Erklärung habe ich noch hinzuzufügen, daß wir zum Unterschiede von der soeben gehörten Erklärung der Vorarlberger, die erst in Bern und München — die dritte Stadt ist mir entfallen — anfragen wollen, wer mehr bietet, daß wir Tiroler und wir Vertreter der arbeitenden Klassen der ganzen Alpenländer ohne solche Schacherabsichten uns zu diesem Staate Deutschösterreich stellen (*Beifall*), daß wir die raschste Vereinigung mit dem Deutschen Reich als eine notwendige Voraussetzung des wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaues unserer Bevölkerung erachten. (*Lebhafte Zustimmung*.) Insbesondere aber ist es mir ein Bedürfnis, zu erklären, daß Deutschsüdtirol für das deutsche Volk nur gerettet werden kann, wenn wir uns als Gesamtheit zu dem Deutschen Reich stellen und als Gesamtheit nach Deutschland kommen. (*Sehr richtig!*) Die Italiener werden gar kein Interesse haben, im Falle der Vereinigung aller Deutschen wegen 215.000 Deutscher in Deutschsüdtirol mit der großen deutschen Republik einen Interessenkonflikt zu haben. Wir hören es auch aus der italienischen Presse; der „Corriere della sera“ und andere Zeitungen stellen sich auf den Standpunkt, sie können nichts einzuwenden haben gegen eine Vereinigung der Deutschen. Wer als Tiroler in Inns-

bruck oder in Südtirol lebt, der weiß es, wie rege die Handelsbeziehungen zwischen Italien und dem großen Deutschen Reich vor dem Kriege waren, wir haben deshalb das Vertrauen und die feste Überzeugung, daß in Italien der Einfluß der Imperialisten und der Militärpartei zurückgedrängt werden wird, daß die Parole: „fino al Brennero“ im italienischen Volke soweit es wirtschaftspolitisch denkt, kein Echo finden wird, daß im Gegenteil die große Masse des italienischen Volkes und der arbeitenden Klassen, die Sozialisten Italiens, es begrüßen werden, wenn die Deutschen Österreichs mit den Deutschen im Deutschen Reich sich vereinigen. (*Beifall*.) In der Bevölkerung Italiens haben wir die sicherste Garantie, daß Deutschsüdtirol zu den Deutschen kommt und nicht abgesprengt wird, wenn wir uns mit Deutschland vereinigen.

Aus diesem Grunde sind wir warme Anhänger der Vereinigung und sind sicher, daß durch die Vereinigung unser herrliches Gebiet von Bozen, Meran, das Pustertal, die schönsten Gauen des deutschen Gebietes in Österreich, für Deutschösterreich und später für Deutschland gerettet wird. Wir haben aber auch noch andere Gründe, Gründe politischer Natur. Wir bekennen uns zum deutschen Staate Österreich, im Gegensatz zu den Christlichsozialen. Man hat das Volk in Tirol nicht gefragt, ob es am stärksten für die Interessen der Dynastie als Kanonenfutter verwendet werden wolle, zu einer Zeit, wo es schon sicher war, daß der Krieg nicht zu gewinnen war. Ihr, meine Herren Christlichsozialen, habt durch Eure Leute in der Schule und in der Kirche alles aufgeboten, damit das Volk die Auspowerung willig ertragen hat, die durch die überlange Fortsetzung des Krieges entstanden ist. Man hat den letzten Groschen aus der Bevölkerung herausgeholt, durch Schule und Kirche, durch Lehrer und Geistlichkeit. Ihr habt jenen Mann begrüßt, für den allein die Schlacht von Asiago und Arsiero gemacht wurde, damit er sich als Feldherr einführen könne. (*Sehr richtig!*) Ihr habt die Kinder an kalten Wintertagen auf die Straße gestellt, damit sie ihn begrüßen sollen, Ihr habt immer zu ihm und zu Österreich geschworen, als Ihr Knechte der Dynastie sein durftet. Heute, nachdem das deutsche Volk durch seine Herrscher daniederliegt, nachdem es mit Schmach und Schande bedeckt und von Feinden umgeben ist, sagen wir, 110 Jahre nach der Zeit, wo unsere Voreltern gegen den Vasallen der Franzosen aufgetreten sind: „Es blutete der Brüder Herz, ganz Deutschland liegt in Schmach und Schmerz, mit ihm das Land Tirol“, mit ihm die Bevölkerung, die in Tirol deutsch fühlt und deutsch denkt. Wir stehen zum Deutschen Reich in der Stunde der Gefahr und der Not, vorbehaltlos, und ich bin dafür dankbar, wenn meine Herren

Kollegen aus Tirol meinen, eine Wahlparole für die Landtagswahlen auszugeben zu haben. Gehen wir in den Wahlkampf und gehen wir an die Volksabstimmung: Vereinigung mit Deutschland oder Euer Separationsgedanke. Ihr habt eine ungeheure Übermacht an Agitation und Geld, wir aber die Kraft und den Willen, die Bevölkerung aufzurütteln. Wir sind sicher, daß nur ein einheitlicher Wille das Innal und die Seitentäler beherrschen wird: für Deutschland, für die Vereinigung mit dem deutschen Volke! (Lebhafte, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Stricker.

Abgeordneter Stricker: Geehrte Nationalversammlung! Im Namen der jüdischen Nation habe ich Ihnen die Erklärung abzugeben, daß wir das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes achten, daß wir in der Frage des Anschlusses an Deutschland eine Sache erblicken, die einzig und allein das deutsche Volk in Österreich zu beurteilen hat. Das deutsche Volk in Österreich hat darüber zu entscheiden und wir werden uns dieser Entscheidung fügen. Wenn Sie mich trotzdem in der Liste der Kontraredner nennen gehört haben, so kommt das daher, daß mich sachliche Gründe veranlassen, Sie davor zu warnen, das Gesetz in dieser Form anzunehmen. Ich fühle mich als Bürger dieses Staates dazu verpflichtet. Ich weiß es, meine Herren, insbesondere unserem Herrn Staatssekretär Dr. Bauer hat es beliebt, jeden, der in dieser Frage nicht blind mittun will, jeden, der für diese Nervosität kein Verständnis hat, als einen Habsburgerknecht und als einen Knecht des Kapitals zu bezeichnen. Mein Gewissen spricht mich davon frei und auch viele andere, die in dieser Frage nicht mit dem Tempo einverstanden sind, das Sie einzuschlagen belieben.

Geehrte Nationalversammlung! Sie beschließen hier einseitig in der Form eines Gesetzes: Deutschösterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches. So etwas in ein Gesetz zu bringen, ist unerhört, das war noch nicht da. Der Zusammenschluß zweier Reiche kann nur das Resultat von Vertragsverhandlungen sein und das Gesetz kann diesen Vertrag besiegen. Ich habe noch nie gehört, daß der X beschließen kann: Meine Wohnung gehört zur Wohnung des Y; das muß erst einverständlich geordnet werden.

Ich verstehe Ihr Bedürfnis, zu manifestieren, daß das deutsche Volk diesen Anschluß wünscht. Dann empfehle ich Ihnen aber: Suchen Sie sich gefülligt eine andere Form, muten Sie uns nicht zu, etwas zu beschließen, was die ärgsten Konsequenzen haben kann. (Rufe: Welche?)

Sie sehen die Konsequenzen nicht, ich werde sie Ihnen zeigen. Durch diesen Vertrag haben Sie sich diplomatisch entmündigt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es zufolge dieses Gesetzes, wenn es die Feinde wollen, nach außen hin keine selbständige Vertretung Deutschösterreichs mehr gibt, sondern nur eine Vertretung des Deutschen Reiches, und ich frage Sie: Können wir Deutschösterreicher heute auf diese selbständige Vertretung verzichten? Ich sage Ihnen: Nein! Deutschösterreich muß bemüht sein, draußen selbständig sein Recht zu suchen. Sie werden mir erwidern: Das große Deutsche Reich wird es besorgen. Darauf antworte ich Ihnen: In diesem Falle haben Sie vielleicht Ihre Vertretung dem Schwächeren anvertraut. Wir sind vielleicht die Stärkeren und es liegt vielleicht nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des Deutschen Reiches, daß es eine selbständige Vertretung Deutschösterreichs gibt.

Der Herr Staatssekretär hat ausgeführt, daß Verhandlungen kommen, man werde Verträge schließen und Kommissionen wählen, und er habe den besten Eindruck, daß alles schön gehen wird. Da muß ich dem Herrn Staatssekretär antworten: So haben auch Czernin und Berchtold gesprochen. Da hat man uns auch erzählt, daß draußen alles gut geht. Wir wollen aber wissen, wie es geht, wir wollen wissen, was draußen verhandelt wurde, wir brauchen keine Geheimdiplomatie, wir brauchen nicht diese Vertröstungen. Hat uns der schwarze Graf nicht gefallen, wenn er Geheimdiplomatie getrieben hat, so kann uns auch der rote Staatssekretär nicht gefallen, wenn er Geheimdiplomatie treibt. Was ist das denn? Man kommt zu uns und berichtet: Es ist gut gegangen, Sie können mir glauben, es wird gut gehen. In Privatangelegenheiten schenke ich dem Herrn Staatssekretär das größte Vertrauen, in Staatsangelegenheiten begnüge ich mich mit dieser Erklärung nicht. Sie werden zugeben müssen, daß das, was ich Ihnen sage, nicht faktiose Opposition ist, sondern daß mich sachliche Bedenken dazu treiben. Ich kann nicht zusehen, daß man blind unser Schicksal in die Hände der deutschen Regierung legt. Ich sage Ihnen, meine Herren: Diese deutsche Regierung ist mir nicht zu rot, im Gegenteil sie ist mir zu blaßrot. So wenig ich dem Herrn Ludendorff und dem Herrn Tirpitz vertraut hätte, so wenig vertraue ich eben dem Herrn Scheidemann und dem Herrn Ebert, denn die Verwandtschaft tritt zutage. Dieser Sieg vom Alexanderplatz kommt mir gerade so vor wie der Sieg von Gorlice, und es kann uns noch passieren, daß eines Tages ein Telegramm des Herrn Scheidemann abgeht: „Liebe Galicia, mit Gottes Hilfe haben meine wackeren Truppen den Alexanderplatz erstmürt. Gott wird weiter helfen!“ (Lebhafte Heiterkeit.) Ich sehe nicht ein, wenn ich diesen nicht getraut habe, warum ich jenen trauen soll.

Wir können ruhig warten, wir brauchen nicht nervös zu hasten. Ist der Zusammenschluß ein unveräußerliches Recht des deutschen Volkes, dann brauchen Sie nicht nervös zu werden und eine Gesetzgeberei zu betreiben, wo es nicht notwendig ist. Ich möchte meinen, eine Entschließung des Volkes: Wir wollen mit Deutschland zusammengehen, besagt dasselbe und gibt den Feinden keine Handhabe, mit uns abzubrechen und uns zu isolieren.

Und zum Schluß etwas weniger Aufregendes. (Rufe: Wer hat sich aufgeregzt?) Also habe ich die Herren unterschäzt. (Abgeordneter Leuthner: Sie haben uns erheitert!) Hoffentlich keine erzwungene Heiterkeit, dann ist es mir sehr recht. (Zwischenrufe.) Ich möchte auf den Artikel 1 des II. Gesetzes aufmerksam machen, und verzeihen Sie, wenn ich als Nichtdeutscher hier die deutsche Sprache in Schutz nehme. Es ist doch nicht notwendig, daß man deswegen, weil eine Nationalversammlung einmal diese Gesetze in falopper Form ausgearbeitet hat, das hinüber schleppst. Da steht: „Kraft eigener freier Beitrittskündigungen als unverzichtbare Bestandteile der Republik Deutschösterreich“. Ich weiß nicht, woher die Herren dieses Wort „unverzichtbar“ genommen haben, vielleicht aus einer advokatorischen Satzschrift — es ist nämlich so ein verhunztes Advokatendeutsch — oder vielleicht aus der hochnotpeinlichen Halsgerichtsordnung Karls V. Ich möchte daher ersuchen, daß, wenn man dem Hause Gesetze vorlegt, diese wenigstens deutsch abgefaßt werden. Das habe ich einer hohen Nationalversammlung zu sagen gehabt.

Präsident Hauser: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Straffner; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Straffner: Hohes Haus! Der Vertreter der christlichsozialen Partei des Landes Tirol hat hier eine Erklärung abgegeben, die einen wesentlich anderen Hintergrund hat, als man vielleicht dahinter vermuten könnte; sie geht nämlich auf ein selbständiges Land Tirol, auf eine selbständige Republik Tirol hinaus, wie Kollege Abram bereits angedeutet hat. Im Namen der deutschfreiheitlichen Partei erlaube ich mir zu erklären, daß ich mich mit der abgegebenen Äußerung der christlichsozialen Partei in Tirol nicht einverstanden erklären kann, ich bin im Gegenteil der Meinung, daß ein selbständiges Tirol, ein Absplittern des Landes Tirol von dem übrigen großen deutschen Volkskörper ein großes nationales Unglück wäre. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß das eigentlich nur der erste Brocken wäre, der aus dem Gesamtgefüge herausgerissen wäre. Der Rat, Tirol selbständig zu erklären, würde ja auch ganz gewiß nicht von unseren Freunden, sondern von unseren

Feinden gegeben. (Sehr richtig!) Das hat man bei allen Verhandlungen übersehen — scheinbar oder geflissentlich übersehen.

So, wie man im Deutschen Reich — auch gewiß nicht seitens der Freunde des deutschen Volkes — rät, eine selbständige Provinz Rheinland als Bufferstaat zu schaffen, so rät man dem deutschen Tiroler Volk, auch einen Bufferstaat aufzurichten, um auf diese Art und Weise unsere deutschen Brüder in Südtirol zu retten. Ich bin der Meinung, hohes Haus, daß wir die deutschen Brüder in Südtirol nicht auf diese Art und Weise retten, sondern dann, wenn wir unzweifelhaft den Willen zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht trennen wollen, nicht in Not und in Gefahr (Sehr richtig!), sondern wir wollen vereint bleiben nicht nur mit unseren Brüdern in Deutsch-Südtirol, wir wollen auch vereint bleiben mit unseren abgesprengten Brüdern in Kärnten, mit unseren abgesprengten Brüdern in Steiermark, im Deutschböhmerland und in Deutsch-Sudetenland, genau so, wie wir auch dem Herzen nach mit unseren deutschen Brüdern in Gottschee vereinigt bleiben wollen. (Sehr richtig!)

Es ist hier im Hause von zwei Vertretern des Landes Tirol gesprochen worden, und zwar von zwei Vertretern, die sich sonst hier im Hause eigentlich als Mehrheit zusammengefunden haben. Erlauben Sie mir, daß ich als Minderheitsvertreter des Landes Tirol die nachstehende Erklärung der deutschfreiheitlichen Partei Ihnen zur Kenntnis bringe und den Herrn Präsidenten ersuche, diese Erklärung mit in die Verhandlungsschrift einzuleiben zu lassen (liest):

„Als Vertreter der deutschfreiheitlichen Partei für Tirol, dessen Unteilbarkeit von Kufstein bis zur Salzburger Klause nach dem vom Präsidenten Wilson feierlich erklärten Selbstbestimmungsrechte außer allem Zweifel steht, erkläre ich, daß ich gemäß unseren Parteigrundsätzen für den Zusammenschluß aller deutschen Stämme, somit auch des Landes Tirol, mit dem deutschen Mutterreiche eintreten werde. Dieser Zusammenschluß muß auf bundesstaatlicher Grundlage unter Wahrung der Eigenart des Landes und seiner historischen Rechte erfolgen, selbst dann, wenn auch aus irgendwelchen Gründen andere Teile Deutschösterreichs den Anschluß nicht oder nicht auf diese Art vollziehen sollten. An den zur Verhandlung gelangenden Verfassungsfragen werde ich mich beteiligen, insoweit sie nicht den angegebenen Grundsätzen widersprechen.“ (Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Hauser: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Austerlitz.

Abgeordneter Austerlitz: Hohes Haus! Wir hätten lebhaft gewünscht, daß die Verhandlung

über ein solches Gesetz, das bestimmt ist, das Grundgesetz der Republik Deutschösterreich zu sein, von allen störenden Nebeneinflüssen frei geblieben wäre. Wenn es auch schon unvermeidlich ist, den Einspruch des tschechischen Abgeordneten zu vernehmen, und wir offenbar vor der Gefahr stehen, mit den Ratschlägen des Herrn Abgeordneten Stricker sehr oft beschäftigt zu werden, so hätten wir doch wenigstens gewünscht, daß von der überwiegenden Mehrheit des Hauses alles unterlassen worden wäre, was geeignet ist und allzu sehr geeignet ist, den Eindruck dieser feierlichen Erklärung abzuschwächen: feierlich in doppelter Hinsicht, da sie das demokratische Gemeinwesen im Innern verankert und ausspricht, daß die Republik Deutschösterreich ein unwiderruflich untrennbarer Bestandteil der Republik von ganz Deutschland sei. Hierzu müssen wir vor allem die separatistischen Erklärungen rechnen, die von den Herren Abgeordneten der christlichsozialen Partei aus Tirol und auch von den Herren Abgeordneten aus Vorarlberg abgegeben worden sind, denn es kann unmöglich den Eindruck unseres Entschlusses, beisammen zu bleiben und zusammen zu der großen Mutternation zurückzukehren, verstärken, wenn ununterbrochen versichert wird, daß beträchtliche Bestandteile dieser deutschösterreichischen Republik, die zu dem Kern und zu dem Herzen und zu dem Wesen dieses Deutschösterreich gehören, Zweifel an dieser Untrennbarkeit aussprechen und Entschlüsse verkünden, die diese Untrennbarkeit eigentlich beseitigen.

Von diesem Gesichtspunkte aus bedauern wir auch lebhaft, daß die Frage der Notwahlen heute angeschnitten worden ist. Meine politischen Freunde setzen dem keinem Widerstand entgegen, daß ein Ausschuß, wie ihn der Herr Abgeordnete Dr. Weber beantragt hat, gewählt werde, weil wir keinen Grund sehen, die Frage nicht noch einmal sachgemäß zu prüfen, wenn wir auch überzeugt sind, daß das Ergebnis kein anderes sein kann, als es sich bisher aus den Verhandlungen herausgestellt hat.

Sie dürfen den Standpunkt der Sozialdemokraten in dieser Sache nicht mißdeuten. Wenn ein Standpunkt davor behütet sein müßte, verkannt zu werden, ist es dieser, denn bei diesem Standpunkt ist auch nicht ein Gran Parteiegoismus vorhanden. Im Gegenteil, wenn wir nur nach unseren parteiegoistischen Anschaunungen oder Auffassungen handeln würden, müßten wir diese Ernennung von Abgeordneten, die unserer Fraktion einen beträchtlichen Zuwachs von Vertretern verschaffen würde, nur begrüßen. Wenn wir uns nun dennoch dagegen sträuben und eine Ernennung von Abgeordneten entschieden ablehnen, kann uns nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir unsere parteiegoistischen

Auffassungen über das Wohl der Gesamtheit und der Nationalversammlung stellen. Sie müssen sich vor Augen halten — und das ist das Entscheidende in der Auffassung der Sozialdemokratie —, daß das Ansehen der Nationalversammlung ein großes Gut ist, ein Gut, das zu beeinträchtigen einen Mangel an Gewissenhaftigkeit darstellen würde und zu den schwersten sozialen Gefahren führen könnte.

Sie nehmen in ganz Europa Strömungen wahr, die über den Standpunkt der Demokratie hinausstreben und in der Demokratie noch nicht das Instrument erkennen und ansehen wollen, das geeignet wäre, die soziale Umgestaltung der Gesellschaftsordnung zu vollziehen. Die erste Bedingung für die ungehörte Wirksamkeit der Demokratie ist ihr Ansehen, der Glaube an sie, der Glaube der Massen an sie und jede Enttäuschung der Massen, die diesen Glauben antasten, ja ihn vernichten würde, müßte der Demokratie schweren Abbruch tun.

Nun stellen Sie sich den Standpunkt vor, den die breiten Massen gegenüber der Frage der Einberufung einnehmen müssen und auch tatsächlich einnehmen. Wir haben hier eine Nationalversammlung, die hervorgegangen ist aus dem demokratishesten Wahlrecht, das allen Frauen und Männern, allen mündigen und reifen Staatsbürgern des Staates das Recht der Wahl verliehen hat. Und in diese Nationalversammlung, die aus dem demokratishesten Wahlrecht hervorgegangen ist, wollen sie nun 91 nichtgewählte Abgeordnete einberufen! Das ginge weit, weit über jenes odiose Großgrundbesitzerprivileg hinaus, das einmal das alte Abgeordnetenhaus in seinem Ansehen so schwer geschädigt und in seiner Funktion so stark entwurzelt hat. Das hieße ja, in diese Nationalversammlung ein ganzes Herrenhaus stecken. Die Massen können das nicht anders beurteilen, als daß die Ernennung von Abgeordneten ein Spott auf die Demokratie wäre, eine Verhöhnung der demokratischen Grundsätze, eine Kompromittierung des Gedankens der Demokratie selbst und eine Kompromittierung der Nationalversammlung, die das Ansehen der Nationalversammlung in dem Bewußtsein der breiten Massen aufs tiefste erschüttern würde und ihnen die Überzeugung nehmen müßte, in der Nationalversammlung ein Gebilde vor sich zu haben, das den demokratischen und sozialen Umgestaltungsprozeß der Gesellschaft durchführen kann. Wir können uns mit der Ernennung von Abgeordneten im Interesse der Demokratie und des ungehörten Ansehens und der ungehörten Funktion dieses Hauses niemals befrieden.

Aber es ist nicht bloß dieser Standpunkt der entscheidende, sondern der entscheidende Standpunkt ist, daß die deutschböhmische Sozialdemokratie die Ernennung von Abgeordneten rundweg ablehnt. So war das sicherlich nicht gemeint, als man den § 40

konstruierte, daß eine so ungeheure Masse, viel mehr als die Hälfte der gewählten Abgeordneten durch Ernennung in dieses Haus gelangen sollte. Da war nur der Gedanke maßgebend, daß durch irgendeine Besetzung eines kleinen Gebietes an einem bestimmten Punkte die Wahlen unmöglich wären und daß, im Einvernehmen aller Parteien und der ganzen öffentlichen Meinung, ein Ersatz durch Berufung von Abgeordneten im äußersten Notfalle stattfinden soll. Aber so wenig souverän der alte Staatsrat in dieser Frage war und so wenig es ihm gegeben war, über den Kopf der deutschböhmischen Bevölkerung Berufungen von Abgeordneten vorzunehmen, so wenig ist diese Befugnis der Nationalversammlung gestattet. Wenn das deutschböhmische Volk die Berufung von Abgeordneten in dieses Haus nicht wünscht, so ist kein papierener Paragraph und keine Entscheidung der Nationalversammlung in der Lage, sich über diesen souveränen Willen hinwegzusetzen und durch Berufung von Abgeordneten dem deutschböhmischen Volke die Schmach anzutun, daß sie hier widerwillig gesehene und widerwillig ertragene Leute haben, die sich als seine Abgeordneten spreizen und auftun; und wir stehen da auf dem Standpunkte des deutschböhmischen Volkes. Selbst in weiten Kreisen des Bürgertums ist eine Abneigung gegen diese Ernennung verbreitet und diejenigen, die diese Ernennungen als das Heil des deutschen Volkes und als Erfordernis der Situation ausgeben, sind im Grunde nur diejenigen, die aus diesem Hause ausgeschieden worden sind, wobei ich nur beklage, daß es nicht möglich war, diese Ausscheidung durch das Votum des Volkes zu besiegen.

Wir bedauern lebhaft, daß die Wahlen nicht stattfinden konnten, von dem höchsten und allgemeinen Standpunkte aus, wir bedauern das nicht minder, daß die Wahlen in Deutschböhmen und Mähren nicht stattfinden konnten, um zu bekräftigen, daß diejenigen, die sich so lange Jahre hier als Vertreter des deutschböhmischen Volkes aufgespielt haben und sich nun durch Machinationen in dieses Haus einschmuggeln wollen, von dem deutschböhmischen Volke verworfen worden sind und daß ihre Ernennung nichts anderes wäre als eine Vergewaltigung des Willens des deutschböhmischen Volkes. (Zustimmung.) Man kann, wie immer man die sozialdemokratischen Wähler in Deutschböhmen beurteilt, nicht bestreiten, daß die deutschböhmischen Arbeiter, das deutschböhmische Proletariat, heute die Vorlämpfer für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Böhmen sind (Zustimmung), die Vorlämpfer der Freiheit und der Unabhängigkeit des deutschen Volkes in Böhmen und des Anschlusses an Deutschland. Deutschböhmen ist ein industrielles Land. Meine Herren! Wenn auch die

frühere Wahlordnung, die in der Ungleichheit der Wahlbezirke dem Bürgertum ein außerordentliches Priviliegium verliehen hat, und wenn auch die materielle Macht der Unternehmer sich in einer Bedrückung der Arbeiterschaft äußert, der freie Wille der Arbeiter vergewaltigt werden konnte, so sind heute die Verhältnisse solche, daß an eine solche Vergewaltigung naturgemäß nicht zu denken ist, weil sich heute kein Arbeiter in der ganzen Welt vom Unternehmer seinen politischen Willen vergewaltigen oder sich vom Unternehmer seine politische Überzeugung diktieren läßt. In diesem Sinne muß ja in einem so gewaltig industriellen Lande die Arbeiterschaft das materielle, das zahlenmäßige und auch das geistige Übergewicht besitzen. Das ist keine Schmähung des Bürgertums und keine Überhebung des Proletariats, sondern das ist nur das Aufzeigen der tatsächlichen Verhältnisse.

Die deutschböhmische Arbeiterschaft hat nun deutlich erklärt, daß sie diese Ernennung von Abgeordneten nicht will, und es ist doch unmöglich, über ihren Willen zu diesen Ernennungen zu schreiten, und sie hat durchaus zwingende und einleuchtende Gründe vorgebracht. Die Anhänger dieser Ernennungen berufen sich darauf, daß der Eindruck nach außen, wenn die Nationalversammlung die Vertreter der besetzten Gebiete nicht enthielte, ein ungünstiger sein werde. Ja, meine Herren, glauben Sie, daß sich die Demokratien des Westens von ernannten Abgeordneten imponieren lassen werden und in der Tat, daß hier entweder ein Staatsrat oder die Nationalversammlung ohne Wahlabgeordnete hierher berufen hat, irgend einen Ausdruck des Volkswillens oder der Volksentscheidung sehen werden? Im Gegenteil; es wäre nur geeignet, die deutschböhmische Sache zu kompromittieren und den schweren Ernst dieser Sache im Bewußtsein des Auslandes zu mindern.

Wir wissen auch, daß die Tschechen durchaus entschlossen sind, diesen deutschböhmischen Abgeordneten, wenn wir sie ernennen würden, schwere, unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg zu legen, so daß die Folge davon wäre, daß diese Abgeordneten, die wir berufen, hier blieben, wenn Sie es so nennen wollen, im Exil, daß sie aber, wie es in Wirklichkeit bei der geistigen und moralischen Beschaffenheit solcher Abgeordneten der Fall wäre, hier im Lotterbett des bequemen Diätenebens leben würden, während die deutschböhmische Bevölkerung die Grausamkeit und die Härten dieser Okkupation zu tragen hat und in einem Kampf auf Leben und Tod begriffen ist. Deswegen verwirft die deutschböhmische Bevölkerung diese Ernennung, weil sie ein Schein, weil sie die Fiktion einer Vertretung wäre, die mit ihrem geistigen, moralischen und politischen Leben gar keinen Zusammenhang hätte.

Sie dürfen auch nicht übersehen, daß eine solche Sache immer eine Protektion ist und für die breiten Volksmassen den Eindruck von Gunstbezeugungen hat. Wollen Sie vielleicht in allem Ernst die steifleinenen Gesellen noch einmal hierher berufen, die von der deutschböhmischen Bevölkerung schon längst verworfen worden sind? Wollen Sie diejenigen, die sich nicht trauen, nach Deutschböhmen zu gehen, und die nie dabei waren, wenn Deutschböhmen seine Schlachten schlug, dem deutschböhmischen Volke neuerlich als Vertreter aufdrängen? Und neue Abgeordnete wählen, die sich nicht bewährt haben, die im politischen Leben nicht gestanden sind, die vielleicht ganz tüchtige Menschen sein mögen, die aber doch niemals die Stimmung der Öffentlichkeit wiedergeben, das hieße geradezu Protektion treiben und die Nationalversammlung auf das tiefste erniedrigen, indem die Ernennung von Abgeordneten zu einem Objekt von Gunstbezeugungen gemacht wird.

Das deutschböhmische Proletariat ist sich klar darüber, daß es sein Recht, seine Freiheit und Unabhängigkeit nur durch ersten Kampf erringen kann, und alles, was geeignet ist, einen Schein hervorzurufen, einen leeren, trügerischen Schein, allzu sehr geeignet wäre, den nationalen Kampf des deutschböhmischen Volkes erschaffen zu machen. Es ist kein bloßer Zufall, sondern es ist ein Symbol der Dinge, daß an dem Tage, wo es klar geworden ist, daß die Ernennung von Abgeordneten nicht mehr möglich und daß dieses Opium dem deutschböhmischen Volke versagt sein wird, erst ein heftiger, leidenschaftlicher Kampf entbrannt ist. Sie kennen ja das tschechische Volk, dem ich nichts Böses nachsagen will und mit dem wir, obwohl die Verhältnisse heute außerordentlich düstere sind, in freundlicher Nachbarschaft immer leben wollen. Sie kennen dieses Volk, das durchaus nicht prüde und spröde ist in der Anwendung von politischen Mitteln, das sich nicht von gutmütigen und milden Erwägungen leiten läßt, sondern von dem frei zu werden und dessen imperialistische Ansprüche zu brechen, einen schweren, ernsten politischen Kampf erfordert — und diesen Kampf will das deutschböhmische Proletariat führen. Wenn das deutschböhmische Bürgertum, das übrigens weitaus besser ist als seine Vertreter, die wir hier gesehen haben, in diesem Kampfe bereitwillig mitmum wird, so werden die Tschechen, wie immer der Auspruch der Pariser Friedenskonferenz ausfallen möge und selbst wenn dieser Auspruch Deutschböhmen ihnen übergißt, schon erfahren, daß sie an Deutschböhmen keine Freude erleben werden, daß dieser Besitz ein Nessushemd sein wird, das ihre junge Freiheit sich sehr unvernünftigerweise anzieht.

Es ist also ein schwerer, ernster, nachdrücklicher, mit einem Wort ein proletarischer Kampf zu

führen, und dieser Kampf soll nicht entstellt, nicht verzerrt und nicht entnebelt werden durch diesen leeren Schein, der keine Einwirkung auf das deutschböhmische Volk und auf das Ausland hat, sondern höchstens eine Beruhigung ist für die allzu vielen, die nur scheinbar durch das Unterbleiben der Wahlen von der Nationalversammlung ausgeschlossen worden sind, in Wahrheit aber deshalb, weil Deutschböhmen mit ihnen nichts zu tun haben will.

Wenn Sie das alles überlegen und würdigen, werden Sie der Sozialdemokratie in dieser Sache nicht den Vorwurf machen können, daß sie ihren Parteistandpunkt über das Interesse des deutschen Volkes setzt, wo ihr Parteistandpunkt im Gegenteil die Ernennungen gebieterisch zu verlangen scheint, sondern werden mit uns erkennen, daß es ein unerlässliches Gebot der Demokratie ist, das Ansehen, die Bedeutung, die Qualität dieser Nationalversammlung durch diese Ernennungen nicht herabzudrücken, weil damit auch der Glaube an die Nationalversammlung in den breiten Massen vernichtet würde. Und wenn die Massen diesen Glauben einmal verlören, dann wäre die Funktion und Wirksamkeit dieser Nationalversammlung außerordentlich gestört.

Und zum zweiten müssen Sie erkennen, daß das deutsche Volk, die breiten Massen, die Arbeiter, das Proletariat, diese Ernennungen absolut nicht will und sie sich durch gar keine Abstimmung in diesem Saale aufdrängen lassen würde. Selbst wenn wir beschlossen, solche Ernennungen vorzunehmen, würde das deutschböhmische Proletariat, nachdem es schon wiederholt darüber beraten und beschlossen hat, diese Ernennungen dankend ablehnen.

Wir haben also gar nichts dagegen, daß dieser Ausschuß gewählt wird und die Sache noch einmal prüft, aber wir sagen Ihnen mit aller Deutlichkeit und Klarheit, daß wir aus dem Gesichtspunkte unserer demokratischen Überzeugungen, der demokratischen Notwendigkeiten des Landes und der Nationalversammlung und nicht zuletzt aus den wohlerwogenen Beschlüssen unserer deutschböhmischen Genossen ein für allemal diese Ernennungen ablehnen müssen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zu einem formellen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete Bresschneider zum Wort gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Bresschneider: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte diejenigen Herren, welche für Schluß der Debatte sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte ist noch vorgemerkt der Herr Abgeordnete Dr. Gimpl; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Gimpl: Hochgeehrte Nationalversammlung! Als Vertreter eines Landes, das ebenfalls einen harten und schweren Kampf um sein Selbstbestimmungsrecht wenigstens zum Teile führt, als Vertreter des Landes Steiermark möchte ich hier einige Erklärungen im Namen der christlich-sozialen Partei abgeben.

Es ist von einigen Rednern hier der Anschein erweckt worden, als ob die christlich-soziale Partei als solche gegen den Anschluß an Deutschland wäre. Wir haben schon während der Wahlbewegung immer offen erklärt, daß wir unbedingt für den Anschluß an das Deutsche Reich sind. (*Sehr richtig!*) Wir verstehen zwar den Standpunkt der Tiroler und können ihn gar wohl würdigen, es ist eben die Sorge um Südtirol, um diese Perle Tirols, die sie bewegt, eine Erklärung, wie sie in diesem Hause abgegeben worden ist, abzugeben. Aber wir wissen, daß auch die christlich-sozialen Vertreter Tirols nicht gegen den Anschluß an Deutschland sind, sondern sie sind eben nur dafür, daß dem Lande Tirol und ebenso auch dem Lande Vorarlberg das Selbstbestimmungsrecht in dieser Frage gewahrt werde. Im Ziele sind wir alle in diesem Hause wohl einig, ob wir nun dieser oder jener Partei angehören, wir wollen nämlich unbedingt für den Anschluß an das Deutsche Reich eintreten und werden immer dafür eintreten. (*Sehr richtig!*)

Wir Christlichsozialen sind auch für die Bevölkerung von Abgeordneten aus den Sudetenländern und aus den besetzten Gebieten. Wir sind hier eben prinzipiell dafür, daß überhaupt den unterdrückten Bestandteilen des deutschen Volkes eine Vertretung gewährt werde. Über die Form, wie diesen unterdrückten Stämmen des deutschen Volkes ihre Vertretung gewährt werden soll, damit die demokratische Freiheit auch für sie gewahrt sei, über diese Form kann man ja ganz gewiß verschiedener Meinung sein. Über über das Ziel herrscht auch hier bei uns eine und dieselbe Meinung, daß eben die Freiheit dieser unterdrückten deutschen Stämme auf jede Weise gewahrt werden muß.

Wir müssen unbedingt auch gewissen Anschuldigungen entgegentreten, die heute hier gegen unsere Partei erhoben worden sind. So hat der Herr Abgeordnete Abram die Anschuldigung erhoben, als ob wir Christlichsoziale — und er hat von der ganzen christlich-sozialen Partei gesprochen — am Kriege schuld gewesen seien, als ob wir für die Verlängerung des Krieges eingetreten wären und als ob wir die Schulkinder auf die Straßen geführt hätten, geistliche und christliche Lehrer, um für den Krieg und für die Verlängerung des

Krieges zu demonstrieren. Gegen solche Anschuldigungen und Pauschalverdächtigungen müssen wir unbedingt entschieden Protest erheben. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — *Zahlreiche Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. Gimpl (fortfahrend): Wir wissen ja ganz genau, daß zum Beispiel die „Arbeiter-Zeitung“ am Anfang des Krieges förmliche Lobeshymnen auf den Krieg geschrieben hat. Damals waren alle miteinander einig und es darf eine Partei der andern keinen Vorwurf machen, weil in diesem Punkte, was den Krieg anbelangt, alle Parteien und Völker von ganz Österreich belogen und betrogen worden sind.

Ferner ist hier der Ausdruck gefallen, daß der Wunsch nach Ernennungen nur ausgehe von gewissen Abgeordneten, die auf diese Weise, weil sie genau wissen, daß sie nicht mehr gewählt worden wären, hier in Wien ein gemütliches Diätenleben führen wollen. Nun, meine sehr Verehrten, wir wissen ganz genau, daß man jetzt in Wien mit den Diäten absolut kein gemütliches Leben führen kann. (*Heiterkeit und Zustimmung.*) Ferner ist es eine einfache persönliche Verdächtigung, die uns Christlichsoziale zwar nicht näher berührt; weil wir aber gegen jeden derartigen persönlichen Kampf sind, müssen wir auch derartige persönliche Pauschalverdächtigungen entschieden zurückweisen. (*Zustimmung.*)

Ich habe jetzt weiter kein Wort mehr zu verlieren. Es oblag mir nur die Aufgabe, hier zu erklären, daß wir Christlichsoziale unbedingt für den Anschluß an das Deutsche Reich sind. Ferner, daß wir unbedingt dafür sind, daß jenem unterdrückten Teil des deutschen Volkes in den besetzten Gebieten sein Recht, die Freiheit und Selbstbestimmung gewahrt werden. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Die Generaldebatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter behält sich das Schlusswort für die Spezialdebatte vor.

Ich werde nunmehr darüber abstimmen lassen, ob das Haus auf Grund dieser Vorlage in die Spezialdebatte eingehen will. Da es sich um zwei Verfassungsgesetze handelt, werde ich feststellen, ob die Hälfte der Mitglieder des Hauses anwesend ist und ob eine Zweidrittelmajorität erzielt ist. Ich bitte diejenigen Herren, welche dafür sind, daß wir auf Grundlage dieses Entwurfs in die Spezialdebatte eintreten, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Ich konstatiere die Anwesenheit

der Hälfte der Mitglieder und konstatiere, daß der Antrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen ist.

Wir treten nun in die Spezialdebatte über das erste Gesetz, das ist das Gesetz über die Staatsform, ein. Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Spezialdebatte über das zweite Gesetz, das ist das Gesetz über das besetzte Staatsgebiet. Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Waber gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Waber: Hochgeehrte Versammlung! Der Nationalrat Außerlich hat alle wichtigen Gründe vorgebracht, welche gegen die Ernennung von Abgeordneten sprechen. Meine verehrten Herren und Frauen! Ich gebe ohneweiters zu, daß es eigentlich ernannte Abgeordnete nicht geben kann, daß das ein Widerspruch in dem Beiwort ist; ein Ernannter ist eigentlich kein Abgeordneter. Wir legen aber trotzdem Wert darauf, daß Vertreter dieser Gebiete in dieses hohe Haus hereinkommen. Das Sudetenland und Deutschböhmen, beziehungsweise das Volk, das dort wohnt, ist das am meisten gefleckte und verfolgte Volk der ganzen Welt und da ist es Pflicht der Nationalversammlung, Vertreter dieses Volkes in dieses Haus hereinzurufen. Wir sind vollständig davon überzeugt, daß wir nicht wissen können, ob jeder von den Einberufenen der Volksstimming standhalten kann, aber wir wissen ja, wie die Volksstimming ist, und wir können auf Grund gewissenhafter Überprüfung zu einem Schlußel kommen, der doch der allgemein fühlbaren Volksstimming entspricht, und dann kommt es nicht mehr auf jeden einzelnen an, sondern auf die Vertretung überhaupt. Wir befürchten einen ungeheuren Schaden, wenn diese Gebiete hier nicht vertreten sind. Uns erscheinen infolgedessen alle diese schwerwiegenden Bedenken gegenüber dem einen Bestreben, eine Vertretung dieser Gebiete hier zu haben, verhältnismäßig geringfügig, wenn wir sie auch an sich als theoretische Ausführungen vollkommen begreifen. Ich bitte Sie deshalb, unbedingt für die Annahme und Durchführung des Gesetzes einzutreten.

Wir wollten schon im Ausschusse eine endgültige Entscheidung herbeiführen, aber im Ausschusß ist trotz aller dieser Argumente die Stimmung nicht dafür gewesen, sich schon jetzt gegen die Ernennung auszusprechen. Es hat jeder das Gefühl, daß der Zeitpunkt kommen kann, in dem die Ernennung unbedingt notwendig wird, und ich wünsche nur, daß wir diesen Zeitpunkt nicht verschieben und verfüren und daß wir der Welt gegenüber sagen,

dß wir nicht ein Rumpfparlament, sondern durch die Ernennung von Vertretern der besetzten Gebiete ein vollständiger Vertretungskörper von ganz Deutschösterreich sind. Das ist der Zweck, das ist das Ziel, und zu diesem Zwecke bitte ich Sie um Ihre Unterstüzung.

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter Abgeordneter Fink.

Berichterstatter Fink: Hohes Haus! Ich werde mich möglichst kurz halten, nachdem sich die Debatte ziemlich weit ausgedehnt hat. Meritorisch ist nur ein Antrag gestellt worden, und zwar von dem Herrn Abgeordneten Dr. Waber. Dieser hat beantragt, daß in den Artikel 1 des zweiten Gesetzes auch das besetzte Gebiet von Kärnten aufgenommen werde. Dort, wo nämlich die Aufzählung der besetzten Länder und Gebiete erfolgt, beantragt Dr. Waber, daß nach dem Worte „Deutsch-Südtirol“ eingesetzt werde „und Kärnten“. Diese Sache ist im Ausschusse nicht in Verhandlung gestanden, ich habe mich aber durch Umfrage bei den Mitgliedern des Verfassungsausschusses überzeugt, daß sie mit diesem Antrag einverstanden sind, und trete daher für denselben ein.

Im übrigen sind keine Anträge gegen die beiden vorliegenden Gesetze gestellt worden. Wohl ist von einzelnen Rednern dieses und jenes, insbesondere auch die Stilisierung beanstandet worden, vor allem beim ersten Gesetz. Diesbezüglich habe ich ja schon bei Einleitung der Debatte darauf hingewiesen, daß der Passus, welcher erklärt, daß Deutschösterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches sei, die Wiederholung der feierlichen Declaration der Nationalversammlung vom 12. November v. J. sei und daß der Ausschusß schließlich sich dahin einigte, diese Erklärung zu wiederholen. Es ist wohl der hohen Versammlung klar, daß damit nicht ein staatsrechtlicher oder völkerrechtlicher Vertrag abgeschlossen wird, und die sehr interessanten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs des Äußern über die jetzt im Zuge befindlichen Verhandlungen mit Deutschland haben uns klar bewiesen, daß sowohl Deutschland die Bedingungen aufstellt und uns sagt, inwieweit uns Deutschland bei der Aufnahme entgegenkommen kann, wie auch, daß wir prüfen werden, was im Interesse Deutschösterreichs ist und was in den dann zustande kommenden Vertrag aufgenommen werden muß. Mit dieser Erklärung wollte man also schon am 12. November, ebenso wie heute, sagen: Das Volk von Deutschösterreich gehört zu Deutschland. Das ist damit

ausgesprochen, es ist eine feierliche Deklaration, es ist aber noch kein völkerrechtlicher Vertrag.

Bezüglich des zweiten Punktes habe ich vorläufig nichts weiter zu bemerken, weil ja die formellen Anträge erst zur Verhandlung kommen werden.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Das erste Gesetz ist ganz unbeanstandet geblieben, ich werde daher darüber unter Einem abstimmen lassen.

Ich ersuche jene Mitglieder, die dieses Gesetz in zweiter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit das Gesetz auch in zweiter Lesung angenommen.

Bei dem zweiten Gesetz ist zu Artikel 1 ein Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Waber gestellt, wonach nach dem Worte „Deutsch-Südtirol“ einzuschalten seien die Worte: „und Kärnten“. Ich werde daher über den Artikel 1 dieses Gesetzes zuerst in der Fassung des Ausschusses abstimmen lassen und dann über den Zusatzantrag.

Ich bitte die Mitglieder, welche Artikel 1 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität Artikel 1 dieses Gesetzes angenommen.

Ich bitte die Mitglieder, die den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Waber, daß nach dem Worte „Deutsch-Südtirol“ eingeschaltet werde: „und Kärnten“, annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Artikel 2 und 3 sind unbeanstandet geblieben.

Ich bitte die Mitglieder, die Artikel 2 und 3 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit Artikel 2 und 3 dieses Gesetzes angenommen.

Ich bitte die Mitglieder, die auch Titel und Eingang dieser beiden Gesetze annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Auch Titel und Eingang sind angenommen. Somit sind diese beiden Gesetze bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder mit Zweidrittelmajorität beschlossen.

Berichterstatter Fink: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich bitte die Mitglieder, die dafür sind, daß wir die dritte Lesung dieser Gesetze sofort vornehmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich bitte die Mitglieder, die die beiden soeben in zweiter Lesung angenommenen Gesetze auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Das Gesetz über die Staatsform und das Gesetz über das besetzte Staatsgebiet sind mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auch in dritter Lesung angenommen. (Beifall.)

Es liegt ein formeller Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Stumpf vor, der lautet (liest):

„In der Erwägung, daß die konstituierende Nationalversammlung laut Artikel 2 des Gesetzes über das besetzte Staatsgebiet das im § 40 der Wahlordnung vorgesehene Recht, Vertreter der besetzten Gebiete einzuberufen, sich selbst vorbehalten hat, wird beantragt:

Die konstituierende Nationalversammlung wolle beschließen:

Es wird ein 21gliedriger Ausschuß eingesetzt, welcher über die im Sinne des § 40 der Wahlordnung vorgesehene Beauftragung von Vertretern der besetzten Gebiete Deutschösterreichs ehestens zu beraten und der Nationalversammlung längstens binnen acht Tagen Bericht und Anträge zu erstatten hat.“

Weiters liegt ein formeller Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Waber vor, der sich mit dem eben verlesenen Antrag vollkommen deckt.

Ich bitte die Mitglieder, die diesem formellen Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Stumpf zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte die Herren Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. (Nach Auszählung des Hauses:) Für den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Stumpf haben 66 Mitglieder gestimmt, dagegen 47; der Antrag ist daher angenommen.

Ich schreite zum Schlusse der Sitzung.

Den Antrag des Abgeordneten Seipel und Genossen, betreffend die Verringerung der Staatsämter (29 der Beilagen), den Antrag des Abgeordneten Elbersch und Genossen, betreffend ein Gesetz über die Vorbereitung der Sozialversicherung (56 der Beilagen) und den Antrag des Abgeordneten Dr. Weiskirchner und Genossen, betreffend die Regelung des Heimatrechtes

(13 der Beilagen) werde ich dem Verfassungsausschusse zuweisen.

Der Verfassungsausschuss war für heute abends zu einer Sitzung einberufen in der Voraussetzung, daß die Haussitzung nicht zu lange dauern werde. Da es aber bereits auf halb 7 Uhr geht, ist diese Sitzung abgesagt worden und wird morgen um halb 10 Uhr vormittags stattfinden.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 14. März, um 3 Uhr nachmittags mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl des Hauptausschusses,
2. Wahl der Kommission, betreffend die Vertretung der besetzten Gebiete, die eben beschlossen worden ist, und

3. eventuell Bericht des Verfassungsausschusses, betreffend das Gesetz über die Volksvertretung und die Staatsregierung.

Wenn der Verfassungsausschuss morgen tagsüber Zeit hat, hofft man abends fertig zu sein, so daß wir weitere Vorlagen des Verfassungsausschusses erwarten und darüber schlüssig werden können.

Wird gegen die Tagesordnung und gegen Tag und Stunde der nächsten Sitzung eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.)

Es ist dies nicht der Fall. Die Tagesordnung ist daher genehmigt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 15 Minuten abends.